Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 147. Donnerstag, den 26. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die zweite Lesung der Heeresvorlage.

Der Reichstag hat die zweite Lesung der Heeresvorlage beendet. Regierung und bürgerliche Parteien hatten gehofft, daß sie ihre Erledigung in drei, höchstens vier Sitzungen finden werde. Sie hat aber deren zehn in Anspruch genommen, die fast alle von außergewöhnlicher Dauer waren.

Diese „Verzögerung“ ist darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokraten ausgiebig das Recht der Kritik übten. Es würde ein großer Irrtum sein, zu glauben, daß sie dazu durch Stimmen aus der Partei erst hätten „angespornt“ werden müssen, beziehungsweise daß, wenn „mahnende“ und „drängende“ Stimmen sich nicht hätten vernehmen lassen, die Kritik weniger scharf und erschöpfend geübt worden wäre. Die sozialdemokratische Fraktion brauchte wirklich nicht erst „aufgekitzelt“ und „aufgepeitscht“ zu werden, um ihre Pflicht zu tun, das heißt mit dem herrschenden militärischen System, das eine neue ungeheure Ausgestaltung und Stärkung erfahren soll, mit gebührender Rücksichtslosigkeit und Energie ins Gericht zu gehen, seinen Geist und seine Tendenzen, seine Schädlichkeit, seine Ungehörigkeiten, schlimmen Begleiterscheinungen und Konsequenzen zu beleuchten und dem Urteil des Volkes und der ganzen Kulturwelt preiszugeben.

Daß das Bemühen der sozialdemokratischen Fraktion nach Lage der Dinge nicht darauf gerichtet sein konnte, durch Obstruktion das Zustandekommen der Heeresvermehrung zu verhindern, ist klar. Es würde ganz verfehlt sein, aus dem Umstande, daß in den zehn Sitzungen mehr als vierzig sozialdemokratische Reden gehalten wurden, zu folgern, es sei damit eine Obstruktion beabsichtigt gewesen. Sie alle konnten lediglich dem wohlerwogenen Zwecke dienen, von der Parlamentstribüne aus demonstrativ und wuchtig das Denken und Fühlen der Massen auf das militaristische Unheil zu lenken und zugleich die Regierung und die bürgerlichen Parteien zu zwingen, Farbe zu bekennen in der Frage der militärischen Reformen.

Auf diese Frage konzentrierte sich schließlich in der Spezialberatung, dank dem Vorgehen der Sozialdemokraten, das Hauptinteresse. Die Notwendigkeit, das militärische System einer gründlichen Reform im Geiste wahrer Gerechtigkeit und echter Humanität zu unterziehen, steht schon lange fest, wie dieses System nach der Behauptung der „maßgebenden Faktoren“ als die „wichtigste Grundlage des Deutschen Reichs“, als die „höchste Schutzmacht der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“ existiert. Die bösen Erscheinungen, die man in liberalen Kreisen so oft als seine „Auswüchse“ bezeichnet hat, die aber ganz notwendig mit ihm selbst gegeben sind, haben im Laufe der Jahrzehnte keine Einschränkung und Milderung erfahren; sie sind vielmehr schärfer hervorgetreten, sie sind angewachsen in demselben Maße, wie der Militarismus selbst.

Nicht nur bei jeder neuen Heeresvorlage, sondern auch alljährlich bei der Beratung des Militäretats und aus sonstigen Anlässen haben die Sozialdemokraten und die Linksliberalen, bis zu den neunziger Jahren nicht selten auch Vertreter des Zentrums, die im Heere herrschenden schlimmen Mißstände und deren Ursachen scharf kritisiert und deren Abstellung gefordert. Es ließen sich Bände füllen mit den parlamentarischen Kundgebungen gegen die Herrschaft der Militärdiktatur; gegen militaristische Ueberhebung, Anmaßung und Privilegienwirtschaft aller Art; gegen die übermäßig lange Dauer der Dienstzeit bei den Fahnen; gegen die der deutschen Nation zur Schmach und zur Schande gereichenden Soldatenmißhandlungen, die so oft einen geradezu schauderhaften Barbarismus bekunden und das menschliche Gefühl in Aufruhr bringen; gegen die den Soldaten im Namen der „militärischen Disziplin“ unter Androhung drakonischer Strafen aufgezwungene Pflicht des unbedingten Gehorsams und der unbedingten Duldung, der er selbst dann unterworfen sein soll, wenn er das Opfer des offenkundigsten Mißbrauchs der Disziplinargewalt ist, wenn er in boshafter, niederträchtiger Weise von Vorgesetzten beschimpft, gequält und mißhandelt wird; gegen die Unzulänglichkeit des Beschwerderechts des Soldaten; gegen die ganze militärische Rechtsordnung überhaupt, die Monstrosität des militärischen Strafrechts, das selbst solche Handlungen des Soldaten zu schweren Delikten stempelt, die, wie z. B. die Erwiderung einer Beleidigung oder Körperverletzung auf der Stelle, das bürgerliche Strafrecht straffrei läßt; gegen die Verwendung von Soldaten zu häuslichen und sonstigen Dienstleistungen, die mit dem militärischen Dienst nicht das geringste zu tun haben; gegen militärische Terrorismuspraktiken aller Art, den Militärboykott usw.

Es ist eine auf Täuschung der öffentlichen Meinung berechnete frivole Lüge, die von den Verteidigern des herrschenden militärischen Systems im Laufe der Jahrzehnte so oft ausgesprochen worden ist: daß die Sozialdemokraten mit ihren Angriffen gegen dieses System, insbesondere mit ihrem Vorgehen gegen die Soldatenmißhandlungen nichts anderes als die „Verhetzung der Soldaten gegen ihre Vorgesetzten“, die „Untergrabung der Disziplin“, im Heere bezwecken. Was ist das für eine Art von „Disziplin“, unter der fortgesetzt eine brutale Vergewaltigung von Soldaten, ein allem humanitären und gerechten Empfinden hohnsprechender Mißbrauch der Disziplinargewalt möglich ist?! Das deutsche Volk hat den Anspruch darauf, als Kulturvolk respektiert und behandelt zu werden, selbstverständlich auch von seiten des Faktors, dem die Aufgabe der „Verteidigung des Vaterlandes“ zugeschrieben wird, der bewaffneten Macht. Das Volk hat das höchste Interesse daran, daß seine ihrer Dienstpflicht im Heere genügenden Söhne — man sagt ja, daß sie damit der „höchsten Ehrenpflicht“ genügen — nicht kulturwidrig, sondern unter Achtung ihrer menschlichen und staatsbürgerlichen Würde human und gerecht, dem allgemeinen Rechtsempfinden entsprechend behandelt werden. Und wahrlich, es ist die Stimme des Volkes, die das fordert, nicht nur die Stimme der „umstürzlerischen“ Sozialdemokratie, die im Namen des Volkes sich erhebt; des Volkes, aus dem die Soldaten genommen werden und das alle die ungeheuren stetig anwachsenden Lasten für den Militarismus zu tragen hat. Das Volk und nicht eine militaristische Interessengruppe ist es, das alle die hunderttausende Dienstpflichtiger im stehenden Heere kleidet und ernährt, ihre Ausrüstung und ihre Vorgesetzten bezahlt. Das Volk ist es, dem jetzt wieder der „Segen“ einer Heeresvermehrung beschert wird, die alle vorangegangene „Ausgestaltung unsrer Wehrkraft“ bei weitem übertrifft. Ueber hunderttausend seiner Söhne mehr als seither sollen in das Heer eingereiht werden unter Festlegung neuer gewaltiger Steuerlasten. Und da sollten die Sozialdemokraten nicht das begründetste Recht und die unabweisbarste Pflicht haben, im Reichstage unter Berufung auf das Volk zu fordern, daß wenigstens die schlimmsten Mißstände, die dem herrschenden militärischen System eigen sind, beseitigt werden, daß wenigstens eine Reform in den angegebenen Richtungen erfolgt?! Sie haben diesem Recht und dieser Pflicht genügt. Allerdings, wie vorauszusehen war, erfolglos insofern, als keiner ihrer Reformanträge Annahme fand.

Die Vertretr der Heeresverwaltung, der Kriegsminister v. Heeringen und seine Gehilfen, hatten böse Tage. Es war ihre Aufgabe, ein System zu verteidigen, das sich mit irgendwelchen stichhaltigen Gründen gar nicht verteidigen läßt; die schweren Mißstände, die es als ein schädliches und ungerechtes, dem Volksinteresse widerstreitendes charakterisieren, sind so offenkundig und fordern so außerordentlich stark die schärfste Opposition heraus, daß nur die am System Interessierten und ihre „patriotischen“ Bundesgenossen es fertig bringen, in den Reformforderungen Angriffe auf die „militärische Autorität“ nicht nur, sondern sogar auf die „Wehrfähigkeit der Nation“ zu sehen.

Nach der Versicherung des Kriegsministers und seiner Leute sind alle die berechtigten Beschwerden und Beschuldigungen, die jetzt wieder bei Beratung der Wehrvorlage gegen das von ihnen vertretene System und seine „Auswüchse“ erhoben worden, zum mindesten „unbegründet“, von sogenannten „gelegentlichen und unvermeidlichen Unzulässigkeiten“ abgesehen. Es ist im Heere „alles zum Besten bestellt“; es ist dort in den Hauptsachen alles so, wie es sein „muß“ und „nicht anders sein kann“, wenn — „die Armee ihrer Aufgabe gerecht werden soll“!! Nach der Anschauung der „maßgebenden“ Faktoren, d. h. derjenigen, welche vollste und unbedingteste Autorität für sich in Anspruch nehmen, ist das bestehende militärische System sakrasankt und sind alle gegen es gerichteten Angriffe „Versündigungen am nationalen Interesse“.

Wenn die Regierungsvertreter der wuchtigen und tiefgreifenden Kritik der Sozialdemokraten gegenüber sich gar nicht anders mehr zu helfen wußten, dann beriefen sie sich auf die „Kommandogewalt des Kaisers“, die „unantastbar“ sei und — nach den Worten des konservativen Abgeordneten v. Brockhausen — „nicht durch das parlamentarische Regime ersetzt werden darf“, was so viel heißt: das Parlament hat in militärische Dinge überhaupt nichts hineinzureden. Sich auf die „Kommandogewalt des Kaisers“ zu berufen, ist, um mit der Opposition „fertig zu werden“, allerdings jedenfalls das Bequemste. Aber auch das Klügste? Ganz gewiß nicht! Denn wer möchte ernsthaft behaupten wollen, daß mit dem Bemühen, bei der Verteidigung erwiesener Mißstände Deckung hinter der „Kommandogewalt des Kaisers“ zu suchen, dem Ansehen dieser autoritären Gewalt gedient sein könne?!

Uebrigens hat das Volk alle Ursache, sich das Verhalten der Freisinnigen und der Nationalliberalen sowie der Zentrumsleute bei der zweiten Beratung der Wehrvorlage zu merken. Dieses Verhalten war alles in allem in der Frage der militärischen Reformen ein überaus klägliches. Zwar fanden auch liberale Redner scharfe Worte der Kritik. Aber statt gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Reformen antragsgemäß zu fordern, begnügten die „Fortschrittler“ gleich den Nationalliberalen und dem Zentrum sich mit belanglosen „Anregungen“ und „Wünschen“ in der Form von Resolutionen.

Nun, der Kaiser bekommt seine Soldaten. Die dritte Lesung der Vorlage wird nur insofern mehr als eine formale Bedeutung haben, als es sich darum handelt, zu entscheiden über die kategorische Forderung der Regierung, die gestrichenen drei Kavallerieregimenter schließlich doch zu bewilligen. Wir glauben, überzeugt sein zu dürfen, daß für diese Forderung Stimmen aus dem Zentrum und aus den Reihen der Fortschrittler eine Mehrheit schaffen werden. Und dann können die Militaristen ihrer vollen Befriedigung Ausdruck geben. Den Herren v. Bethmann-Hollweg und v. Heeringen wird es an kaiserlicher Anerkennung ihres Wirkens nicht fehlen. Und das Volk? Nun, das bekommt die neuen Opfer, die in der Erhöhung der Friedenspräsenz und in den neuen Steuern sich begreifen, aufgebürdet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Jahrhundertopfer.

Die zweite Lesung der Deckungsvorlage hat gestern ihren Anfang genommen. Der Reichstag hat in später Stunde die Beratung des Wehrbeitrags in Angriff genommen und mit einiger Hast geführt.

Die ersten Stunden der Sitzung wurden auf die Erledigung einiger Gesetzesvorlagen verwendet. Das Staatsangehörigkeitsgesetz wurde in dritter Lesung verabschiedet, gegen die Stimmen unserer Genossen, der Polen und des dänischen Abgeordneten. Die sozialdemokratische Fraktion kann einem Gesetzeswerk nicht zustimmen, bei dem die bürgerlichen Parteien systematisch auch die notwendigsten Verbesserungsanträge abgelehnt haben. Das zeigte sich auch gestern wieder. Die Abänderung, die unsere Genossen Landsberg, Bernstein und Quarck in die Vorlage aufgenommen wissen wollten, und die sie mit ausgezeichneten Argumenten der Theorie und der praktischen Erfahrung begründeten, wurden von dem Staatssekretär Dr. Delbrück und von einigen Herren aus dem Hause erfolgreich bekämpft.

Das internationale Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts wurde nach kurzer Diskussion genehmigt. Den Standpunkt unserer Partei vertrat unser Genosse Landsberg.

In dritter Lesung wurde auch der Gesetzentwurf über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen erledigt.

Dann begann die zweite Beratung des einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrags, der außergewöhnlichen Steuer auf Vermögen und Einkommen, die zur Deckung der außerordentlichen Rüstungsausgaben dienen soll. Man sprach auch gestern auf seiten der Rüstungsfreunde noch vom Jahrhundertopfer, aber von der flammenden Begeisterung war wenig zu spüren, die ursprünglich in allen Reden und Zeitungsartikeln wiederkehrte. Der Schatzsekretär sprach vielmehr einige wehmutsvolle Worte, und er hielt es sogar für geboten, ängstliche Patrioten zu beruhigen, indem er ausdrücklich versicherte: eine solche Abgabe dürfe nie wieder erhoben werden?

Genosse Dr. David, der als erster vor Jahren den Gedanken einer solchen Deckung militärischer Ausgaben angeregt hatte, gab unserer Befriedigung Ausdruck über die Gestalt, die im Laufe der Kommissionsverhandlungen der Entwurf angenommen hat. Und er führte den anderen Parteien deutlich vor Augen, wie sehr bei dieser in Deutschland neuartigen Deckungsvorlage die Reichstagswahlen von 1912 mitgewirkt haben, und wie stark selbst die rechtsstehenden Parteien, wenngleich unbewußt, durch die 110 angetrieben worden sind. Unser Redner begrüßte vor allem, daß durch die Beschlüsse der Kommission der ursprüngliche Entwurf auch auf die Einkommen ausgedehnt worden ist, daß er eine Staffelung erfahren hat, und im ganzen gerechter wirken wird. Ebenso sehr bedauerte er

aber, daß in einigen Punkten der Ansturm der Interessenten und das Gerede von Vermögenskonfiskation einen Teil des Hauses eingeschüchtert und eine Revision mancher Beschlüsse durchgesetzt hat.

Nachdem Herr Spahn einige trostreiche Worte für den Berichterstatter Graf Westarp gesprochen und der Schwetzer Landrat Halem schon jetzt aufs schärfste gegen die Wiederholung einer solch abenteuerlichen Steuer protestiert hatte, trat das Haus in die Spezialdebatte ein. Von besonderem Interesse war der Antrag auf Besteuerung der in der Vorlage freigelassenen Kirchenvermögen. Diesen Antrag begründete Genosse Wurm unter Hinweis auf die großen Kirchengüter und die enormen Schenkungen. Die Nationalliberalen stimmten unter Führung des Herrn Junck, der einige leichtwiegende Einwände hatte, mit den Schwarzblauen gegen den Antrag, der nur eine Minderheit der Sozialdemokraten und der meisten Fortschrittler vereinigte. Auch der Antrag, den Genosse Dr. Südekum begründete, die gleichmäßige Besteuerung der Aktiengesellschaften auf Grundlage des wirklichen Besitzes nach der Regierungsvorlage vorzunehmen, wurde abgelehnt, ebenso erging es dem vom Genossen Emmel begründeten Antrag, die im § 13 erfolgte Verschlechterung wieder aufzuheben, durch die die kleinen Vermögen schwer belastet worden sind. Hierüber entstand eine längere Debatte, in deren Verlauf die Genossen Wurm und David den Herren von der bürgerlichen Mehrheit und insbesondere dem sich lebhaft wehrenden Grafen Westarp gegenüber den Nachweis führten, daß von der ersten bis zur zweiten Lesung in der Kommission die Sätze für die großen Vermögen erheblich herabgesetzt worden sind. — Die Debatte geht heute weiter. Am Schlusse der Sitzung wurde auf Antrag des Herrn v. Payer beschlossen, die zahlreichen Wahlprüfungen, deren Behandlung vorgesehen war, von der Tagesordnung abzusetzen. Herr v. Westarp widersprach zwar dem Antrag, aber er blieb mit der Rechten und einem Teil des Zentrums in der Minderheit.

Zu den Wehr- und Deckungsvorlagen.

Die konservative und auch die nationalliberale Fraktion haben im Reichstag den Antrag gestellt, die drei gestrichenen Kavallerieregimenter wieder in die Vorlage hineinzubringen. Die freikonservative „Post" bemerkt hierzu: „Da in den letzten Tagen zwischen einigen Fraktionen über diese Frage Besprechungen stattgefunden hatten, die nicht ohne Erfolg verlaufen sind, nimmt man an, daß sich für den Antrag eine schwache Mehrheit finden wird. Allerdings hängt die Annahme von der Besetzung des Hauses ab."

An einer anderen Stelle berichtet die „Post", die „Fraktionsvorstände haben ihre Mitglieder gebeten, während der nächsten Tage, wenn irgend möglich, nicht von Berlin abwesend zu sein, da bei manchen Abstimmungen die Mehrheiten sehr schwankende sein können."

Der Bundesrat wird, wie die „Tägl. Rundschau" erfährt, Donnerstag über die Deckungsvorlagen beraten. Eine erhebliche Mehrheit sei für die Beschlüsse, wie sie im großen und ganzen jetzt vorliegen, vorhanden. Die vor einiger Zeit in Aussicht genommene Besprechung der Finanzminister sei überflüssig geworden. Der Reichskanzler habe sich auf schriftlichem Wege mit den Regierungen der Bundesstaaten unmittelbar in Verbindung gesetzt. Auf diese Weise sei es ihm gelungen, die Zustimmung der süddeutschen Regierungen zu der Vermögenszuwachssteuer zu erhalten. Gegner dieser Steuer seien nur noch Sachsen, die Hansestädte, besonders Hamburg, und einige thüringische Staaten. Erhebliche Schwierigkeiten werden aber auch diese Regierungen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht machen.

Der Reichstag will sich bestimmt am 2. Juli vertagen. Bis Sonnabend sollen tunlichst alle Deckungsvorlagen verabschiedet sein; in nächster Woche sollen dann neben den dritten Lesungen nur noch einige kleine Vorlagen, Wahlprüfungen und Anfragen erledigt werden. Die Vertagung soll bis 25. November dauern.

Das Leichenbegängnis des Genossen Kaden

gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration der Dresdener Arbeiterschaft. Dem Sarge voran marschierten in langem Zuge die Genossen des vierten Kreises, dessen Vertreter der Verstorbene 15 Jahre hindurch gewesen. Dem Sarge folgten zunächst die Angehörigen, dann die Vertreter des Parteivorstandes, der sächsischen Parteiinstanzen, der Reichstags- und Landtagsfraktionen, endlich die Deputationen aus dem Lande. Ihnen schlossen sich die beiden anderen Dresdener Kreise an. Nach fast zweistündigem Marsche erreichte der Zug das prächtige Krematorium. Am Sarge sprachen Landtagsabg. Wirth für den vierten Kreis, Landtagsabg. Schulze-Kossebaude für den Landesvorstand, Reichstagsabg. Molkenbuhr für den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, Reichstagsabg. Dock für die Kontrollkommission und endlich Abg. Gradnauer. Unter den prächtigen Klängen der Orgel und dem leise hereindringenden Gesang einer gemischten Sängerschar senkte sich der Sarg in die Tiefe.

Der Reichstagsabgeordnete Graf v. Kanitz,

vorsitzender der konservativen Fraktion, ist bedenklich erkrankt und mußte ein Sanatorium aufsuchen. Durch rheumatische Beschwerden ist das Herz in Mitleidenschaft gezogen. Der Graf steht im 73. Jahre.

Fortschrittliche Konsequenz.

Die „Freisinnige Zeitung" macht den verzweifelten Versuch, die Jämmerlichkeit der fortschrittlichen Reichstagsfraktion, die mit fadenscheinigen Gründen unseren Boykott-Antrag ablehnte, durch unwahre Angriffe zu decken. Sie erfindet die Fabel, die sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission hätten eingesehen, daß ihr eigener Antrag, der durch eine gesetzliche Vorschrift den Offizierboykott abschaffen wollte, „absolut unhaltbar sei" und hätten deshalb für die fortschrittliche Resolution gestimmt, zu deren Einbringung sie selbst animiert hätten. Im Plenum aber hätten die Sozialdemokraten wieder den Antrag gebracht, „von dessen Untauglichkeit sie selbst überzeugt waren". Eine tollere und dreistere Entstellung der Wahrheit ist kaum denkbar, als sie hier von den freisinnigen Herren geleistet wird. Die Sozialdemokraten haben in der Kommission sich keineswegs davon überzeugt, daß ihr Antrag „unhaltbar" oder „untauglich" sei, sondern haben im Gegenteil in zahlreichen Reden ihren Antrag begründet und aufrechterhalten. Die Gründe unserer Genossen waren so gut und überzeugend, daß die fortschrittl. Kommissionsmitglieder, nämlich die Herren Gothein, Müller-Meiningen und Liesching, mit unseren Abgeordneten für den sozialdemokratischen Antrag stimmten. Erst als unser Antrag abgelehnt war, stimmten unsere Genossen selbstverständlich für die fortschrittliche Resolution, die das kleinere Übel, verglichen mit dem jetzigen Zustande, darstellt. Daß die fortschrittliche Resolution nur als Eventual-Antrag für den Fall der Ablehnung des sozialdemokratischen, gedacht war, ergibt sich ohne weiteres, wenn man die eigene Abstimmung der fortschrittlichen Herren ins Auge faßt.

Die Welfen auf dem Rückzuge.

In der „Deutschen Volkszeitung" veröffentlicht der Führer der Welfen, v. Schele-Schelenburg, eine Erklärung, in der er sagt, daß in dem Schreiben des Prinzen Ernst August ein staatsrechtlicher Verzicht auf die hannoverschen Rechte des welfischen Fürstenhauses nicht enthalten sei. Es entfalle somit für die deutsch-hannoversche Partei jeder Grund zur Beunruhigung. Die Partei sei sich jedoch der Verpflichtung voll bewußt, welche eine etwaige Thronbesteigung des Prinzen in Braunschweig ihr auferlegen würde. Sie werde durchaus den Erwartungen entsprechen, wonach die Hannoveraner alles unterlassen würden, was geeignet wäre, die Stellung des Prinzen als Herzog von Braunschweig zu erschweren. — Trotz der Gewundenheit dieser Erklärung kann man doch das eine herauslesen, daß die welfische Partei sich gefügt hat, wie sie ja in der Tat auch bereits auf dem besten Wege ist, Anschluß bei den Konservativen zu suchen. Wenn das noch nicht in aller Form gesagt wurde, so nur mit Rücksicht auf die zahlreichen Anhänger aus Kleinbürgerkreisen, über welche die welfische Partei in der Provinz Hannover noch verfügt, und die man nicht so Knall und Fall vor den Kopf stoßen möchte.

Zur Welfenfrage.

Eine scheinbar offiziös inspirierte Korrespondenzmeldung besagt: „Hinsichtlich der verschiedenen Kundgebungen von welfischer Seite anläßlich der Veröffentlichung des Schreibens des Prinzen Ernst August von Braunschweig-Lüneburg stehen die Berliner leitenden Kreise, wie verlautet, auf dem Standpunkte, daß für sie nur die vom Prinzen selbst mit Zustimmung seines Vaters gegebenen Erklärungen eine genügende Unterlage für eine endgültige Regelung der braunschweigischen Thronfolge durch den Bundesrat geschaffen hätten. Eine Formulierung für einen entsprechenden Antrag Preußens soll bereits gefunden und die Einbringung dieses Antrages beim Bundesrat in absehbarer Zeit zu erwarten sein.

Neue Wünsche der Agrarier.

Am Dienstag waren in Wiesbaden die preußischen Landwirtschaftskammern versammelt. Dem Bericht über diese Tagung entnehmen wir u. a.: „Der von Kammerherrn Frhrn. v. Mahrenholtz erstattete Bericht über die Tätigkeit der Kommission für das Arbeiterwesen führte zur Annahme von Grundsätzen über das Zusammenarbeiten mit den Arbeitsnachweisverbänden sowie zu einer erneuten Bitte an die Staatsregierung um Bereitstellung reichlicher Mittel im Interesse der Bekämpfung der Landflucht der Landarbeiter. Die Errichtung von Betriebskrankenkassen wurde für die Landwirtschaft als im allgemeinen wenig zweckmäßig erachtet; Berichterstatter zu diesem Punkte war Landrat a. D. v. Klitzing-Nieder-Zauche." — Am liebsten möchten wohl die Herren Agrarier und Junker die Leibeigenschaft und Hörigkeit der Landleute wieder einführen.

Besteuerung der Rennplätze.

Eine Korrespondenz meldet:

Zu dem Entwurfe über die Konzessionierung der Buchmacher, der im Herbst dem Bundesrat zugehen wird, verlautet noch, daß er zunächst die Totalisatorsteuer von 16⅔ auf 12 Proz. herabsetzt und dafür den Buchmacherbetrieb besteuern wird. Grundbedingung hierfür ist, das jetzt heimlich betriebene Buchmachergewerbe zu konzessionieren. Zu diesem Zwecke haben die Rennvereine vorgeschlagen, für alle großen Plätze solche Konzessionen für In- und Ausland zu erteilen. Die Buchmacher dürfen Wetten nur in bar (Mindestsatz 5 Mk.) annehmen. Sie zahlen an das Reich eine Steuer von 6 Proz. des Umsatzes. Außerdem hat der Gewinner noch eine Steuer an den betreffenden Rennverein zu zahlen; sie läßt die kleinen Gewinne frei und besteuert die hohen bis 10 Proz. Zur Kontrolle der Buchmachersteuer werden die Einsatzquittungen gestempelt oder mit Stempelmarken beklebt.

Der Landtag des Fürstentums Lippe

hat am 23. und 24. Juni eine kurze Tagung abgehalten, die im wesentlichen der Vorbereitung von größeren Vorlagen diente: Volksschulgesetz, Beamtenbesoldungsvorlage und Gewerbesteuergesetz. Diese Gesetzentwürfe sollen erst im Herbst erledigt werden. Für die Vorverhandlungen mit dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten über den Bezug von elektrischem Strom aus dem Kraftwerk der Edertalsperre und für notwendige Feststellungen über Stromverbrauch usw. wurden die erforderlichen Mittel bewilligt. Der preußische Staat kann im Mittelgebiet der Weser rund 14 Millionen Kilowattstunden Strom abgeben und sucht dafür Abnehmer. — Das Landtagsmandat des Reichstagsabgeordneten Dr. Neumann-Hofer, der in der Stichwahl gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten mit knapper Mehrheit gewählt worden war, wurde für ungültig erklärt. Inzwischen hat Neumann-Hofer sein Mandat niedergelegt.

Versicherung der Lehrer.

Dem Reichstag ist ein Kompromißantrag zugegangen, unterstützt von sämtlichen größeren Parteien, der folgendes bestimmt: Den in § 14 Nr. 1, 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 aufgeführten Lehrern und Erziehern an nicht öffentlichen Schulen oder Anstalten werden die privaten Einzelunterricht erteilenden Lehrer und Erzieher gleichgestellt, soweit sie bei öffentlichen Pensionsanstalten für Lehrer und Erzieher versichert sind.

Abnehmender „Landhunger" im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die Landeskulturgesellschaft für den Regierungsbezirk Arnsberg stellt in ihrem Jahresbericht für 1913 fest, daß im Industriebezirk die Nachfrage nach kleinen Parzellen bedeutend nachgelassen hat. Als Grund wird angegeben, „daß die jüngere Generation der Arbeiterbevölkerung dem Ackerbau wenig Interesse entgegenbringt."

Die Zahl der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe hat in diesem Regierungsbezirk noch in dem Zeitraum von 1895 bis 1907 um 12 000 zugenommen, und diese Zunahme war eben hauptsächlich auf Anpachtungen von Arbeitern zurückzuführen, die in dem kleinen landwirtschaftlichen Nebenbetriebe ein wirtschaftliches Hilfsmittel sahen. Wenn heute die Arbeiter mehr und mehr davon absehen, Gartenland zu pachten, so ist die Ursache natürlich nicht etwa in bloßer Abneigung zu suchen, sondern die Verhältnisse werden sich so entwickelt haben, daß für den Arbeiter aus diesem landwirtschaftlichen Miniatur-Nebenbetrieb nichts mehr herausspringt. Das ist auch leicht einzusehen. Die Pachtpreise haben sich gehoben, die allgemeinen Unkosten, namentlich bei so kleinen Betrieben, sind höher geworden, und mit der Zeit ist das in der Nähe der Wohnstätten befindliche Land vergeben.

Die Bemühungen der Agrarier, „Rentengüter" zu bilden, durch die den Großgrundbesitzern billige Arbeitskräfte zugeführt werden sollen, haben übrigens im westfälischen Industriebezirk gar keinen Erfolg gehabt.

Die Ausweisung der Jesuiten.

Der Regierungspräsident von Westfalen hat einige Jesuiten, die in Coesfeld Vorträge halten wollten, ausgewiesen. Das Zentrum richtet deshalb die Anfrage an den Reichskanzler, ob er diese Ausweisung billige, weil das Vorgehen des Regierungspräsidenten im Widerspruch stehe mit der Erklärung, die der Reichskanzler am 28. November 1912 im Reichstag abgegeben habe, wonach eine Aenderung der bisherigen Praxis nicht erfolgen soll. Die Ausweisung der Jesuiten aus Coesfeld stehe aber in grellem Widerspruch zu der bis noch vor wenigen Jahren geübten Praxis.

Frankreich.

Ein Rechenfehler. Unser Genosse Jaurès hat den Rüstungsfanatikern bös in die Suppe gespuckt. Er hat in der Vorlage, betr. die Einführung der dreijährigen Dienstzeit einen Rechenfehler entdeckt. Jaurès brachte einen Beschlußantrag ein, daß der Heeresausschuß einen Bericht über die richtige Ziffer der Mannschaftsvermehrung erstatten möge, die durch das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit erzielt werde. Jaurès bemerkte in der Begründung seines Beschlußantrages, daß nach den Ziffern des Generalstabes diese Vermehrung 143 000 Mann betrage, während sie nach seiner Berechnung nur 70 000 Mann betrage. Jaurès begründete seinen Antrag, der vor der Hauptabstimmung entschieden werden müsse. Der Antrag hat folgende Fassung: „Die Kammer rechnet darauf, daß der Heeresausschuß ihr vor der Sitzung am Donnerstag einen Bericht über die genauen Ziffern der zur Ausführung des Gesetzes angeforderten Mannschaftsvermehrung vorlegt." (Bewegung.) Jaurès teilte u. a. mit, er habe festgestellt, daß sich ein Unterschied von 50 000 Mann ergebe, wenn man die Mannschaftsbestände bei der Einstellung mit den sechs Monate später vorhandenen Beständen vergleiche. Der Antrag mußte angenommen werden, trotzdem dadurch die Beratung wiederum eine mehrtägige Verzögerung erleidet — sehr zum Aerger der Rüstungsfanatiker.

Plötzlich vom Tode ereilt wurde gestern in der Kammer der Deputierte Aynard (Progressist), als er sich zum Rednerpult begeben wollte. Die Sitzung wurde sofort geschlossen.

Holland.

Der Fortschritt der Sozialdemokratie. Die Wahl für die Provinzialstaaten ist für die Sozialdemokratie ein großer Sieg geworden. Insgesamt hat die Sozialdemokratie am Montag allein 16 Mandate erobert. In Amsterdam haben sie den Freisinnigen 5 Mandate entrissen; in Zaandam wurden zwei Sozialdemokraten gewählt; in Süd-Holland, wo bisher kein Sozialdemokrat in der Provinzialverwaltung war, wurde Genosse Spiekman zweimal in Rotterdam und Genosse Dr. Stooß in Dordrecht gewählt. In Friesland wurden sieben Sozialdemokraten gewählt, in Groningen fünf. Das ist ein außerordentlich günstiges Resultat.

Auch bei den gestrigen Stichwahlen zur Kammer haben unsere Genossen glänzend abgeschnitten. Gewählt wurden: Ein Katholik, ein Antirevolutionär, zwei Christlich-Historische, 21 Liberale, 5 Demokraten, **17 Sozialdemokraten.** Die neue Kammer besteht aus 45 Mitgliedern der Rechten, und zwar 25 Katholiken, 11 Antirevolutionären und 9 Christlich-Historischen, 55 Mitgliedern der Linken, und zwar 30 Liberalen, 7 Demokraten und **18 Sozialdemokraten.** Die schwarz-blaue Mehrheit ist also gestürzt.

Balkan.

Neue Zusammenstöße. Amtlich wird gemeldet: Größere bulgarische Truppenmassen versuchten durch einen nächtlichen Ueberfall sich der serbischen Stellungen längs des Zlatowoflusses zu bemächtigen. Nach einem blutigen Kampfe wurden sie zurückgeschlagen. Von maßgebender serbischer Stelle wird die Hoffnung ausgedrückt, daß der Vorfall keine weiteren Kreise ziehe.

Depeschen aus Uesküb zufolge sind bei Zlatovo und Ratkovat neue heftige Zusammenstöße zwischen bulgarischen und serbischen regulären Truppen vorgekommen. Die Bulgaren wollten über den Fluß setzen, seien aber vom serbischen Militär daran gehindert. Spätere Meldungen besagen, daß sich Artillerie an dem Kampfe auch beteiligt habe.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 26. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Der Bürgerausschuß beendete in seiner gestrigen Sitzung seine Beratung über den vom Senat beantragten Erlaß von Nachträgen zur Bauordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Vororte, sowie für Travemünde vom 25. Mai 1903 und zu dem Gesetze vom 15. Juli 1889, betreffend den Anbau an Straßen und Plätzen in den Vorstädten der Stadt Lübeck, und der von Stender und Blunck zu den beiden obigen Gesetzen eingebrachten Abänderungsanträge. Die Vorlagen wurden mit einigen beschlossenen Abänderungen der Bürgerschaft gutachtlich zur Mitgenehmigung empfohlen. Gleichfalls fand ein Senatsantrag auf Erlaß eines Nachtrages zu der Verordnung betreffend Erhebung einer Kurtaxe im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde die Bewertung des Bürgerausschusses. Bewilligt wurden 1600 Mark zur Herstellung einer Drehtür vor dem Eingang des Ratsweinkellers; 830 Mark für die Ausbesserung der Fußgängerbrücke bei der Navigationsschule; 1070 Mark für die Herstellung eines neuen Bretterfußbodens in der 1. St. Jürgenschule; 1228,60 Mark als Nachbewilligung für die Herstellung dreier Rampen auf der Südseite der St. Lorenzbrücke; 1200 Mark für die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Brolingplatz; 450 Mark für die Beschaffung eines Projektionsapparats für das Allgemeine Krankenhaus. Zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft empfohlen wurde ein Senatsantrag auf Gewährung einer Altersunterstützung in Höhe von 600 Mark jährlich an die Hilfslehrerin Franzisca Gättens. Ein Antrag des Genossen Hoff, der forderte, daß eine etwaige Alters- oder Invalidenrente nicht von diesem Betrag abgezogen werden solle, wurde abgelehnt.

Errichtung eines Anbaues an die Hauptfeuerwache. Die Behörde für das Feuerlöschwesen hat mit Bericht vom 20. Mai 1913 dargelegt, daß die Räume der Hauptfeuerwache den an sie zu stellenden Anforderungen nicht mehr in allen Teilen entsprechen. Es bedarf der Errichtung einer neuen Werkstatt für die Sattler, Schuhmacher und Schneider, da die vorhandene als Eßraum für die Mannschaften eingerichtet werden muß; ferner ist eine Vermehrung der Wagengelasse, die Herstellung eines Waschraumes für Wagen und endlich ein neuer Pferdeputzstand erforderlich. Die Behörde hat in Aussicht genommen, diese Räume in einem Anbau unterzubringen, der an der Fleischhauerstraße errichtet werden soll. Die Kosten sind auf 16 900 Mark veranschlagt. Das Finanzdepartement hat finanzielle Bedenken gegen die Bewilligung der Mittel nicht geltend gemacht, jedoch unter Betonung seines prinzipiellen Standpunktes, daß das diesjährige Budget mit außerordentlichen Ausgaben nur in äußerst dringlichen Fällen belastet werden dürfe, erklärt, daß s. E. ein Anlaß, die Mittel auf das laufende Budget anzuweisen, nicht vorliege. Der Senat, der im übrigen den Antrag der Behörde für das Feuerlöschwesen für gerechtfertigt erachtet, hält ebenfalls die Errichtung des Anbaues nicht für so dringlich, daß die Ausführung nicht noch bis zum nächsten Jahre zurückgestellt werden könnte. Er beabsichtigt daher, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß der Behörde für das Feuerlöschwesen zur Ausführung eines Anbaues an die Hauptfeuerwache auf dem Grundstück Fleischhauerstraße 91 nach dem Plan und Kostenanschlag des Baurats Deditius vom 14. Mai 1913 ein Betrag von 16 900 Mark, soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, zur Verfügung gestellt und daß diese Summe in den nächstjährigen Voranschlag eingesetzt werde. Heinsohn beantragte gestern im Bürgerausschuß, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen. Der Bürgerausschuß nahm diesen Antrag an und beschloß, in die Kommission 5 Mitglieder zu berufen, die Wahl der Kommission jedoch erst in der nächsten Versammlung vorzunehmen.

Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Kronsforder Allee bis zur früheren Bahnkreuzung. In ihrer Versammlung vom 28. März 1912 hat die Bürgerschaft an den Senat das Ersuchen gerichtet, ihr baldmöglichst eine Vorlage entgegenzubringen, nach welcher die Straßenbahnlinie an der Kronsforder Allee bis zur früheren Bahnkreuzung ausgebaut wird. Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten hat einen Bericht ihrer Abteilung Straßenbahn vom 10. Mai 1913 vorgelegt. Hiernach wird sich eine eingleisige Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Kronsforder Allee bis zur Bahnkreuzung bei Verwendung alter Schienen für rund 5000 Mark herstellen lassen. Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft hat sich bereit erklärt, hierzu 2500 Mark beizutragen, so daß aus Staatsmitteln ebenfalls 2500 Mark aufzuwenden sein würden. Das Finanzdepartement hat erklärt, daß es finanzielle Bedenken gegen die Bewilligung des Betrages nicht zu erheben habe, zugleich aber darauf hingewiesen, daß auf eine Rentabilität der geplanten Anlage nicht gerechnet werden könne. Wenn der Senat gleichwohl bereit ist, dem Ersuchen der Bürgerschaft Folge zu geben, so will er doch nicht unterlassen zu bemerken, daß er dadurch keinen Anlaß zu Folgerungen für etwaige spätere gleichartige Anträge geben möchte. Er stellt daher zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Kronsforder Allee bis zur früheren Bahnkreuzung ein Betrag von 2500 Mark, soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werden. Der Bürgerausschuß erteilte gestern die beantragte Mitgenehmigung.

Bewilligung von 1200 Mark zum Besuch der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig durch Beamte der Baudeputation. Die Baudeputation hat beantragt, ihr für den Besuch der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig durch Beamte der Baudeputation die Summe von 1200 Mark zur Verfügung zu stellen. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen, und stellt daher zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß der Baudeputation zum Besuch der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig durch Beamte der Baudeputation der Betrag von 1200 Mark zur Verfügung gestellt werde. Genosse Hoff beantragte: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, ihm eine Vorlage entgegenzubringen, wonach die Bewilligung eines angemessenen Betrages zum Besuch der Baufachausstellung in Leipzig durch Handwerksmeister und -Gehilfen beantragt wird. Der Bürgerausschuß erteilte gestern dem Senatsantrage die Mitgenehmigung und beschloß, das von Hoff beantragte Ersuchen an den Senat zu richten.

Die Gegner der „Volksfürsorge" an der Arbeit. Der „Verein für Volksversicherung", hinter dem der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten steht, entfaltet gegenwärtig eine äußerst rege Propaganda insbesondere in Arbeiterkreisen. Sein Hauptaugenmerk richtet er anscheinend auf Arbeiter und Angestellte, die sich in einer gewissen abhängigen Stellung befinden. Gestern abend hatte er das Werkstättenpersonal der Lübeck-Büchener Eisenbahn abermals zu einer Versammlung geladen, nachdem kürzlich bereits eine gleiche Zusammenkunft stattgefunden hatte. Die gestrige Veranstaltung war gleich der vorangegangenen sehr schlecht besucht. 20 Arbeiter und Angestellte — von über 300 Beschäftigten — hatten sich eingefunden. Als Referent fungierte der Geschäftsführer des Vereins für Volksversicherung, Herr Herfurth, der die Bestrebungen des Vereins und die öffentlich-rechtliche Volksversicherung über den Schellendaus lobte und betonte, daß der Verein einen Zuschuß zu den Prämien gewähre. Genosse Stelling ersuchte die Anwesenden, sich nicht aufs Glatteis locken und sich nicht durch glänzende Zahlen irreführen zu lassen. Vielmehr sei anzuraten, zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen, bis auch die „Volksfürsorge" mit ihrem Material an die breite Öffentlichkeit trete. Sodann gab Redner ein Bild der Entstehung der „Volksfürsorge" und bezweifelte, daß der Verein für Volksversicherung auf die Dauer aus eigenen Mitteln Prämienzuschüsse gewähren könne. Hier sei zu befürchten, daß auch dieser Verein den Spuren der Rechtsauskunftsstelle folge und später schließlich den Steuerzahlern zur Last falle. Ferner betonte Redner den agrarischen Charakter des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten und warnte davor, sich von den Agrariern ins Schlepptau nehmen zu lassen. Für die Arbeiter und Angestellten kann nur die „Volksfürsorge" in Betracht kommen. Nach einigen weiteren Ausführungen versuchte der Referent, die Einwände des Genossen Stelling zu widerlegen. Entschieden bestritt er, daß der „Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten" im agrarischen Fahrwasser segle. Die in Lübeck zu belegenden Gelder würden im Interesse der kleinen Hausbesitzer Lübecks verwandt. Die Einziehung der Prämien würde im Anschluß an behördliche Korporationen (!!) und Berufsvereine erfolgen. Seiner Aufforderung, durch Namensunterschrift zu dokumentieren, daß sich die Versammelten für die öffentlich-rechtliche Volksversicherung interessieren, leisteten nur sehr wenige Folge. — Die Arbeiterschaft wird sich — dessen sind wir sicher — nicht durch gleißnerische Zahlen irreführen lassen, sondern mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für ihre Schöpfung, die „Volksfürsorge" agitieren.

Zu der Frage: „Volksfürsorge" oder „Verein für Volksversicherung" geht uns von fachmännischer Seite noch folgende Zuschrift zu:

In Lübeck hat sich bekanntlich ein „Verein für Volksversicherung" gebildet, der das Lebensversicherungsgeschäft nicht selbständig betreiben, sondern die Versicherungsnehmer einem von dem Verein als günstig anerkannten Lebensversicherungsverband zuführen will. Da sich unter den Leitern des Vereins bekannte Lübecker Reaktionäre befinden, so war von vornherein anzunehmen, daß der Lübecker Verein auch bei der Auswahl des Lebensversicherungsverbandes entsprechend, handeln würde. Das ist nun auch geschehen — hinter dem Lübecker Verein steht der agrarische „Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten", für den der Lübecker Verein nur den Deckmantel hergibt, da der Verband als solcher bisher in Lübeck nicht genehmigt ist. Vorsichtigerweise hat sich der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten nicht dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt, da nach dessen Vorschriften bezüglich der Vergebung von Hypotheken und Anlage der Prämienreserven die Entschuldungsaktion des Grundbesitzes seitens des agrarischen Verbandes nicht möglich wäre. Der „Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten" hat die Genehmigung des preußischen Ministers des Innern nachgesucht und erhalten, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß er die Lebensversicherung in außerpreußischen Landesteilen nur mit Genehmigung der Beteiligten Bundesregierungen betreiben darf.

Da Lübeck bis jetzt noch nicht Preußen einverleibt ist, der Verband in Lübeck nicht die Genehmigung erhalten hat, ist das Vorgehen des „Vereins für Volksversicherung in Lübeck" nichts weiter als eine Umgehung des Gesetzes und erscheint es uns sehr fraglich, ob die von ihm mit dem preußischen Verband abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge bei einer Klage des Versicherten vor Gericht als rechtsgültig anerkannt werden würden. In einem Zirkular werden die Versicherungssummen der größeren Privatversicherungsgesellschaften und der Volksfürsorge mit denen des „Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten" verglichen, um „an einigen Beispielen die unerreichten Vorteile durch den Verband" darzulegen. Nach den angestellten Vergleichen heißt es: „Daß ein Versicherungsabschluß bei der „Oeffentlich rechtlichen Volksversicherung" am günstigsten ist, dürfte nach diesen Zahlen jedem einleuchten. Sämtliche genannten Versicherungsunternehmungen beteiligen ihre Versicherten am Gewinn. Die Gewinnanteile sind nicht garantiert und infolgedessen im vorstehenden Vergleich nicht berücksichtigt." Höhere Versicherungssummen sind für den Laien natürlich äußerst bestechend; wie gefährlich für den Versicherungsnehmer aber die Beurteilung einer Lebensversicherungsgesellschaft lediglich nach der Höhe der Versicherungssumme ist, zeigt das Beispiel der Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf, welche pro Jahr regelmäßig über 100 000 Mark von ihrem Organisationsfonds verpulvert und jetzt in ihrer Generalversammlung am 26. ds. Mts. ihre Liquidation beschließen muß.

Die Vereinsversicherungsbank zahlte um 32 Prozent höhere Versicherungssummen als die Volksfürsorge und wird, wie die Versicherungspresse meldet, jetzt ihren Versicherungsbestand der „Arminia" in München übertragen, deren Versicherungssummen um über 12 Prozent niedriger sind als bei der Volksfürsorge.

Von einem Gewinn für die Versicherten war natürlich bei der Vereinsbank keine Rede. Die Methode der hohen Versicherungssummen mit angeblicher Gewinnbeteiligung hat in Düsseldorf eben Schiffbruch erlitten.

Der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten verspricht, an die Vereinsversicherungsbank hohe Versicherungssummen und dazu noch Gewinnbeteiligung. Das Schicksal der Bank in Düsseldorf sollte für jeden Versicherungsnehmer eine Warnung sein, sich durch solche Manipulationen nicht einfangen zu lassen. Daß eine auf wissenschaftlich einwandfreier und deshalb guter Grundlage beruhende Gesellschaft, welche ihren Versicherten von vornherein keine hohen Versicherungssummen verspricht, ihre Tarife aber wirklich mit Gewinnbeteiligung kalkuliert hat, durch diese schließlich den Versicherten weit höhere Leistungen bieten kann, als bei der gegenteiligen Methode, sollte auch dem Laien einleuchten. Wie vorsichtig lautet doch der Paragraph 17 des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten über Gewinnbeteiligung. Ein etwaiger Ueberschuß fließt in den Sicherheitsfonds; erst wenn dieser den geschäftsplanmäßigen Mindestbetrag übersteigt, bildet er die Gewinnreserve der Versicherten. Jeder Fachmann wird ohne weiteres angesichts der hohen Versicherungssumme und des vorsichtigen Ausdrucks „Sicherheitsfonds" erklären, daß die Tarife des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten nur mit einem minimalen Sicherheitsaufschlag für etwaige Schwankungen in den Berechnungen von Zins und Sterblichkeit und nicht auf eine Gewinnbeteiligung der Versicherten kalkuliert sind.

Die Gleichstellung des Verbandes in der Frage der Gewinnbeteiligung mit anderen Verbänden und namentlich mit der Volksfürsorge ist mithin nichts weiter, als blauer Dunst, den man den Leuten vormacht.

Würde der agrarische Verband der Aufsicht des Kaiserlichen Aufsichtsamtes unterstehen, so würde ihm von diesem sehr bald die von ihm betriebene merkwürdige Reklame gelegt werden. Bei dem preußischen Ministerium wird, bei dessen bekannter Liebe zu den Agrariern, eine Beschwerde selbstverständlich fruchtlos sein.

Angesichts des wütenden Kampfes der Gegner der Volksfürsorge werden die Lübecker Arbeiter umsomehr jetzt mit aller Energie die Propaganda für die Volksfürsorge aufnehmen.

Noch **immer ohne Bewußtsein** befindet sich die Frau, die am Sonnabend abend in der Mühlenstraße von einem Auto erfaßt und zu Boden geschleudert wurde. Die Arme, es ist die Gattin des Mönkhofer Weg 31 d wohnhaften Arbeiters Dahncke und Mutter von drei Kindern, hat einen Schädelbruch, eine Gehirnerschütterung sowie den Bruch mehrerer Zehen erlitten. Heute sollte eine Operation vorgenommen werden, die hoffentlich der Verunglückten Leben und Gesundheit und der Familie die Mutter wiedergibt.

Der **Verband der Bureauangestellten** hielt am 22. Juni im Gewerkschaftshaus zu Kiel seinen Bezirkstag ab. Anwesend waren neben dem Bezirksleiter 12 Delegierte der Ortsgruppen Hamburg, Kiel, Lübeck, Neumünster, Harburg und Stade, ein Delegierter der Einzelmitglieder, ein Vertreter des Verbandsvorstandes sowie eine Reihe Kollegen als Gäste. Dem Bericht der Bezirksleitung ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl um zirka 100 vermehrt hat. In Harburg wurde eine Ortsgruppe neu gegründet, die sich sehr gut entwickelt. Die Hauptarbeit nahmen die Vorbereitung und die Agitation zu den Wahlen für die Angestelltenversicherung in Anspruch. In der Agitation soll in diesem Jahre besonders Gewicht auf die Anwaltsangestellten gelegt werden, um hier endlich zu besseren Verhältnissen zu kommen. Betreffs der Dienstordnung der Kassenangestellten macht der Referent Vorschläge, um bei den örtlichen Verhandlungen die Verhältnisse für die Kollegen günstiger zu gestalten und zwar hauptsächlich dahingehend, daß die Gehälter um 10 bis 15 Proz. erhöht werden und das Höchstgehalt in 12 Jahren erreicht wird. Die Beiträge zu den Versicherungen sind voll zu tragen, Anrechnung kann geschehen. Bei Krankheitsdauer über 26 Wochen hinaus muß aber, da dann der Angestellte vor einem völligen Nichts steht, Auskehrung der angerechneten Beträge in irgend einer Form erwirkt werden. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß für die Angestellten der Hilfskassen in anderer Weise eingetreten werden muß. Bezüglich der Ortskassen wurde von vielen Seiten darüber geklagt, daß Vorstandsmitglieder in diesen Kassen, die als Gewerkschaftler an führender Stelle stehen, das Gegenteil von dem machen, was sie selbst auf den Ortskassentagen beschlossen haben. Es wird dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Ortskrankenkassen werden ersucht, der Ein- und Durchführung der Bestimmungen des Tarifvertrages, der zwischen dem Hauptverband der Ortskrankenkassen Deutschlands und dem Verband der Bureauangestellten Deutschlands vereinbart ist, mehr als bisher nachzukommen". Betreffend der „Volksfürsorge" wird die Arbeitsnachweisfrage, sowie die Regelung der Gehälter der dort Anzustellenden einer eingehenden Besprechung unterzogen und die getroffenen Maßnahmen der Bezirksleitung gutgeheißen. Die Frage der Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen wird, da in den Ortsgruppen noch keine Stellung dazu genommen ist, von der Tagesordnung abgesetzt. Als Vorort wird Hamburg sowie die amtierenden Personen der Bezirksleitung wiedergewählt. Die nächste Tagung soll 1914 in Lübeck stattfinden. Nachdem noch in einer Sache der Kollegen bei der „Friedrich Wilhelm" eventuell schärfere Maßnahmen in Aussicht genommen wurden, um den dort beschäftigten Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen, erfolgte Schluß des Bezirkstages um 2 Uhr.

pb. **Diebstahl.** Festgenommen wurde ein Schlosser von hier, der sich eines schweren Diebstahls schuldig gemacht hat.

pb. **Hehlerei.** Eine hiesige Händlerin, die sich der Hehlerei schuldig gemacht hat, wurde festgenommen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 24. v. Mts. abends ist aus einem Vorgarten in der Dorotheenstraße ein Fahrrad Marke „Wilhelmshöhe" mit abgenutztem schwarzen Gestell, ebensolchen Felgen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 1656 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In der Vordergabel befindet sich eine alte Bruchstelle. Im Vorder- sowie im Hinderrade fehlt je eine Speiche. Die Laufmäntel tragen die Firma „Burgsmüller-Kreienfen.

pb. **Unterschlagung.** Festgenommen wurde ein Galvaniseur aus Zerbst wegen Unterschlagung. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Brieg, der seitens der Amtsanwaltschaft in Mirow wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgt wird.

Säuglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2—3½ Uhr nachmittags Schwartauer Allee 4a statt.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Auf den morgen abend stattfindenden literarischen Abend, wo Gerhart Hauptmanns Drama „Die versunkene Glocke" in sorgfältigster Vorbereitung in Szene geht, sei nochmals aufmerksam gemacht. Um zum Montag, dem 30. d. Mts., den großen Operettenschlager „Filmzauber" glänzend einstudieren zu können, hat die Direktion davon Abstand genommen, Sonnabend und Sonntag zu spielen, und wird die Operette, bis ins kleinste ausgearbeitet, gegeben werden. Julius Heydecker und Gabriele Laudin singen die Hauptrollen, das ganze Personal ist darin beschäftigt und der Chor verstärkt.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 27. ds. M., abends 6—7 Uhr.

Kiel. Mordversuch. Am Mittwoch nachmittag hörten Spaziergänger, die in der Nähe des Garnisonfriedhofes auf einem Gartenweg gingen, erst zwei und dann vier Schüsse fallen. Gleichzeitig vernahmen sie die von einem jungen Mädchen ausgestoßenen gellenden Hilferufe „Vater! Vater!" Auf die Rufe hin liefen sofort die in den Gärten beschäftigten Leute zusammen und brachten das junge Mädchen, das durch die Schüsse verwundet worden war, in ein Gartenhaus und nahmen sich seiner an. Ein junger Mann, der vermutlich die Schüsse abgegeben hat, konnte, während sich die Leute um das junge Mädchen bemühten, entfliehen.

Briefkasten.

Zwei Wettende. Der Bremer Lehrergesangverein ist noch nie im Besitz der Kaiserkette gewesen.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 25. Juni.

1. Klasse 865 Drittel zu 110,82 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 102 „ „ 103,93 Mk. „ „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

räge Mindestbeiträge seien, daß aber jeder einen höheren rag zahlen dürfe. Wir würden gegen einen solchen An- nichts haben, übrigens kann Herr Ruhland sich beruhi- es ist ein allgemeines Staatsbürgerrecht, mehr zu zahlen, was gefordert wird. Das ist der einzige Idealist, der sich ehmen ließ. Die städtischen und ländlichen Agrarier be- en, weitere Opfer dürften nur auf dem Wege der indirek- Steuern aufgebracht werden. Der Schutzverband für die che Industrie verlangte, daß die Einkommen von 900 Mk. ärts zum Wehrbeitrag herangeholt würden. (Hört, hört! en Soz.) Das ist der Geist, der in den Kreisen lebt, die Mund nicht genug aufreißen konnten, als es galt, Rüstun- zu bewilligen, die sie nicht bezahlen. (Sehr richtig! bei Soz.) Der Deutsche Handelstag protestierte gegen die elung, die doch der breiten Masse der kleineren und mitt- Kaufleute zugute kommt und nur die großen Krösusse er trifft. Sehr charakteristisch ist die Eingabe der Han- ammer des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks, der Industriellen, die von allen Rüstungsvermehrungen größten pekuniären Vorteil haben. Sie sprechen von rück- osen Eingriffen in das Vermögen eines Teils der Bür- Sie nennen die Kommissionsvorlage nichts mehr und weniger als den ersten Schritt zur Konfiskation der n und mittleren Vermögen. Wenn die Dinge so weiter , muß die nächste Deckungsvorlage eine Monopolisierungs- ge zur Ueberführung der Rüstungsindustrien auf das sein. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie hren Rüstungen fortfahren, dann wird das Reich schließ- ie Mehrwertindustrie an der Quelle fassen müssen. gut! bei den Soz.) Sie sagen ja selbst, daß Sie mit den en Steuern nicht weiter gehen können, es wird also kommen müssen, daß Sie die Rüstungsindustrie in den des Staates oder des Reiches überführen. (Zustimmung n Soz.) Der Ansturm der Interessenten hat leider Er- ehabt, und das Gerede von Vermögenskonfiskation hat wenige Herren dieses Hauses so weit eingeschüchtert, e schleunigst daran gingen, die Beschlüsse der ersten g zu revidieren. Man hat gesagt, daß die Heranziehung ermögens mit einem Betrag von 20 bis 30 Prozent des einkommens viel zu stark sei. An sich klingt ja diese ehr hoch, aber nach einer Denkschrift der Regierung über euerverhältnisse im Deutschen Reich werden pro Kopf utschen Bevölkerung an Zöllen und Verbrauchssteuern pro Jahr, somit von einer Familie von 6 Köpfen 100 0 Mk. pro Jahr aufgebracht, was bei dem Einkommen oletarischen Familien eine Jahreseinkommensteuer von Prozent bedeutet. (Hört, hört! bei den Soz.) Da die erung der Lebensmittel im Inland infolge der Zölle ungefähr denselben Betrag ausmacht, sind die Armen llerärmsten mit der Wegnahme von 20 bis 30 Prozent Jahreseinkommens besteuert. (Lebhafte Zustimmung n Soz.) Als diese Belastung geschaffen wurde, haben oßen und reichen Herren nicht über Konfiskation ge- das tun sie nur, wenn sie selbst bezahlen sollen. Die e von 20 bis 30 Prozent des Einkommens durch die und Allerärmsten halten Sie für gerecht! Es ist aber ne ganz andere Frage, ob jemandes Einkommen ganz schaffung von Kleidung, Wohnung und Nahrung auf- cht, zur Aufrechterhaltung seiner Gesundheit völlig ver- wird, oder ob eine Steuer aus dem Vermögen von nen oder dem Einkommen von Hunderttausenden ge- wird. Das ganze Geschrei über Konfiskation ist aber htig zu verstehen, wenn man, wie das Gesetz tut, den eitrag auf drei Jahre aufteilt und somit nur eine von 6 bis 10 Prozent pro Jahr übrig bleibt. Vom unkt der steuerlichen Gerechtigkeit kann kein sozial dender Mensch angesichts der ungeheuren Besteuerung iten Volksmassen gegen diese Staffelung etwas ein- (Sehr richtig! links) Der Ansturm hat nun die itsparteien ins Wanken gebracht, sodaß sie die Errun- ften der ersten Lesung zum Teil beseitigt haben. Wir Ihnen Gelegenheit geben, diese Errungenschaften wie- zustellen und darüber hinaus weitere Verbesserungen hmen. Der Wehrbeitrag ist für die reichen und reich- ute ein sehr nützlicher Lehrbeitrag. (Sehr gut! bei den Sie bekommen zum erstenmal zu spüren, was die gsrüstungen bedeuten, und da bei diesen Leuten das sonnate vielfach die empfindlichste Stelle ist, werden sie t ihren Patriotismus revidieren und mancher wird gen, ob nicht der Frieden auf dem Wege besser gesichert ren die Sozialdemokratie weist. Der Wehrbeitrag ist ch ein Lehrbeitrag für die regierenden Fürsten, die sich ierfinn" bereit erklärt haben, mitzusteuern. Die große eit der Kommission hat gewünscht, daß alle Reichs- rigen, auch die Fürsten, aus steuerlicher Gerechtigkeit eholt werden müssen. Die Regierung aber hat erklärt, der Ehre und der Stellung der Monarchen Abbruch tun wenn sie auch die gewöhnliche Sterbliche Steuer zahlen (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Ein preußischer h hat gesagt, der König sei der erste Diener des s. (Zuruf bei den Soz.: Das ist aber schon lange her! —Heiterkeit links.) Man will doch immer die Tradition pflegen, mit welchem Recht wollen sich also die ersten Diener dieser Dienstleistung für den Staat entziehen, sie müßten doch den anderen Dienern mit gutem Beispiel vorangehen! (Sehr gut! bei den Soz.) Vor allem aber wird die Reichsregierung aus diesem Wehrbeitrag gelernt haben, daß der längst durchbrochene Grundsatz, daß das Reich direkte Steuern nicht erheben dürfe, hinfällig ist. Wir haben ja immer gefordert, direkte Reichseinkommens- und Vermögenssteuer und Zuschläge der Bundesstaaten hierzu, nach ihrem Bedarf. Nur so werden einzelne kleinere Bundesstaaten aus ihrer Steuermisere und das Reich aus dem Steuertohuwabohu herauskommen. Der Wehrbeitrag ist eine direkte Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, zunächst für drei Jahre. Will der Staatssekretär demgegenüber nicht die lächerliche Behauptung, daß das Reich nicht die Bundesstaaten durch eine direkte Reichssteuer um ihre Einkünfte bringen wolle, preisgeben? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir unseren sozialdemokratischen Standpunkt, eine dauernde Reichsvermögens- und Einkommensteuer einzuführen, realisieren wollen, dann hätten wir nach drei Jahren folgenden Antrag einzubringen: der Wehrbeitrag wird weiter erhoben. (Sehr gut! bei den Soz.) Nun schwört aber der Staatssekretär Stein und Bein: Nein, nein, es soll nur einmal sein. (Große Heiterkeit.) Zunächst ist es bis nach drei Jahren schon dreimal. Aber dann soll es aufhören, dann soll es nie mehr geschehen. (Heiterkeit.) Ja, wenn der Staatssekretär eine Garantie in der Tasche hätte, daß dann keine neue Heeres- und Marinevorlage kommt! Aber dazu ist ja kein Schatzsekretär imstande gewesen, und wenn er sich einfallen ließ, sich gegen das Verlangen anderer Instanzen nach mehr Soldaten und mehr Schiffen anzustemmen, ist es ihm schlecht gegangen. Vestigia terrent (Die Spuren schrecken). Herr Kühn weiß sehr wohl, daß das in seiner Macht nicht liegt, wenn Sie nicht, wie wir es verlangen, unsere ganze auswärtige Politik ändern und sich auf den Boden einer vernünftigen, verständigen stellen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Die Begründung der Regierungen gibt uns übrigens bereits eine prinzipielle Grundlage für das Verlangen, daß auch in Zukunft einmalige Ausgaben für Rüstungsvermehrungen nicht auf Anleihen zu übernehmen sind. Diese Begründung wird uns sehr wertvolle Dienste leisten. Sie sagt, „diese Mittel im Wege des Kredits, also des Schuldenmachens zu beschaffen, würden anerkannten Grundsätzen unserer Finanzgebarung widerstreiten". Auf diese bessere Erkenntnis, die sich jetzt wenigstens theoretisch durchgesetzt hat, werden wir uns in Zukunft stützen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch nach dieser Richtung ist der Wehrbeitrag ein Lehrbeitrag, hoffentlich für die Regierungen. Im übrigen werden alle Steuern immer nur einmal erhoben, immer wenn es notwendig ist. Die Gesetzgebung ist souverän, jedesmal wieder dasselbe zu beschließen. Die Vorlage hat ihr jetziges Gesicht wesentlich durch den Druck der 4½ Millionen sozialdemokratischer Wähler und der 110 sozialdemokratischer Abgeordneten bekommen. Die sozialdemokratischen Wähler vom letzten Jahre können sich sagen, daß sie mit dieser Regelung einen ersten großen Erfolg ihres Willens zu verzeichnen haben. (Sehr richtig bei den Soz.) Diese Regelung wäre nicht gekommen, wenn nicht die Angst vor dem weiteren Anwachsen dieser Bewegung die Regierung und die Mehrheit dieses Hauses getrieben hätte. Man hat versucht, die Sozialdemokratie bei der Regelung der ganzen Deckungsvorlagen auszuschalten. Konservative und Zentrum haben sich im Schweiße ihres Angesichts darum bemüht. Und da meinte man, wenn man hinter den Kulissen ohne uns verhandelte, hätte man uns ausgeschaltet. Aber Sie mußten wohl, daß vor den Kulissen 110 Sozialdemokraten stehen und der Geist dieser 110 war bei Ihnen tätig. Das hat die „Germania" öffentlich zugegeben, daß wir leider nach der Zusammensetzung des Reichstags diesen Weg gehen mußten, da eine Mehrheit für eine Erbschafts- und Reichsvermögenssteuer vorhanden war. Bei der Besitzsteuer wird diese Frage ja noch generell zu behandeln sein. Hier will ich nur sagen, daß auch das mühsam zustande gebrachte Besitzsteuerkompromiß die Züge des Einflusses der 4½ Millionen Wähler und 110 Sozialdemokraten trägt. Wenn es wirklich so naive Leute gibt, die glauben, bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokratie ausgeschaltet zu haben, so trifft auf die das Wort Mephistos zu: „Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte." (Heiterkeit und lebh. Beifall b. d. Soz.)

Dr. Spahn (Z.): Das Bestreben, das Gesetz sozial auszugestalten, nehme ich für sämtliche Parteien in Anspruch. (Rufe: Nä, na, bei den Soz.) Wenn die Vorlage ein schöneres Gesicht bekommen hat, so ist das das Hauptverdienst des Berichterstatters. (Gelächter links.)

v. Halem (Rpt.): Glücklicherweise ist es gelungen, exzessive Anträge der äußersten Linken zurückzuweisen. Die Handelskammern, die Ältesten der Kaufmannschaft und der Hansabund, die doch den Liberalen sehr nahe stehen, haben sich gegen die Kommissionsbeschlüsse ausgesprochen, die als Vermögenskonfiskation bezeichnet werden. Aufs schärfste protestieren wir gegen die Absicht einer Wiederholung dieses Wehrbeitrags. (Gelächter links.) Das Deutsche Reich wird in Zukunft wie bisher auf indirekte Steuern angewiesen sein. (Hört, hört! bei den Soz.)

§ 1 wird einstimmig angenommen. (Heiterkeit.)

Dr. David (SD.) begründet den Antrag, Schmucksachen im Wert von über 1000 Mk. dem Vermögen zuzurechnen. Es handelt sich um riesige Werte. 1813 wurden Schmucksachen auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt, da sollten sie heute zu der Steuer wenigstens etwas beitragen. (Beifall bei den Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Wurm (Soz.) begründet einen Antrag, das in der Vorlage steuerfrei gelassene Kirchenvermögen soweit zu besteuern, als es nicht wohltätigen Zwecken dient. Die gewaltige Höhe der Kirchenvermögen ist notorisch und ebenso die enormen Schenkungen, die die Kirchen erhalten und die in Bayern in wenigen Jahren 500 Millionen Mark betragen haben. Bei der Reichsfinanzreform hat der Zentrumsabgeordnete Dr. Jäger die Ansammlung großer Kirchenvermögen für gemeinschädlich erklärt. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Die Berliner Stadtsynode will selbst ihr Vermögen zum Wehrbeitrag herangezogen haben. Nicht aus Feindschaft gegen die Religion, sondern aus Gerechtigkeit stellen wir unsern Antrag. Eine Ausnahmestellung des nicht zu wohltätigen Zwecken verwendeten Kirchenvermögens ist unbegründet. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Junck (Natl.): Der Antrag ist undurchführbar, man kann nicht einzelne Teile des Vermögens juristischer Personen je nach dem Verwendungszweck ausscheiden.

Der Antrag wird gegen die Sozialdemokraten und die meisten Fortschrittler abgelehnt.

Dr. Südekum (SD.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die eine gleichmäßige Besteuerung der Aktiengesellschaften vorsah. Die Heranziehung auf Grundlage der Bilanz, nicht des wirklichen Vermögens, ist ungerecht, denn die Bilanzen werden verschleiert. Wohlfahrtsfonds sollen von den steuerpflichtigen Vermögen abgezogen werden. Nun, bei der Firma Krupp werden auch die an Offiziere und Beamte gezahlten Beträge und die Gelder für die Gelben als Wohlfahrtsausgaben gebucht. Wirkliche Wohlfahrtsbeträge wollen wir natürlich freilassen. (Zustim. b. d. Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Emmel (SD.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage dahin, daß bei Einkommen bis 3000 Mk. Vermögen bis 50 000 Mk. freibleiben, und bei Einkommen bis 5000 Mk. Vermögen bis 30 000 Mk. Man hat die Staffel bei den höheren Einkommen herabgesetzt und die bei den niedrigeren erhöht, um den Fehlbetrag wieder hereinzubringen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Graf Westarp (K.): Das ist nicht richtig.

Emmel (SD.) hält seine Darstellung aktenmäßig aufrecht. Ihm tritt Ab. Wurm bei.

Reichsschatzsekretär Kühn: Die Grenze von 8 Proz. ist doch wahrlich nicht zu niedrig.

Gothein (Vpt.): Die Kommissionsbeschlüsse sind eine gerechte Entlastung der mittleren Einkommen.

Dr. David (SD.): Auch hier will man wieder die Kleinen zugunsten der Großen belasten. (Widerspruch rechts.)

Es bleibt bei der Vorlage, daß bei einem Einkommen bis 2000 Mk. 50 000 Mk. Vermögen freibleiben und bei einem Einkommen von 2000 bis 4000 Mk 30 000 Mk. Vermögen.

Das Haus vertagt sich.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Westarp, morgen die Wahlprüfungen Haupt (SD.), Köllsch (NL.), Hegenscheidt (Rpt.) und Kuckhoff (Z.) zu erledigen, abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Weiterberatung.)
Schluß 8 Uhr.

Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Plauen, den 22. Juni 1913.

Im Gewerkschaftshause, dem eigenen Heim der Arbeiter Plauens, wurde am Sonntag nachmittag der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie eröffnet. Die Tagesordnung wird nach dem Vorschlag des Landesvorstandes wie folgt festgesetzt: 1. Geschäftsbericht des Landesvorstandes: a) Organisation und Agitation; Referent Sindermann; b) Kassenbericht; Referent Ernst Braune. 2. Bericht der Landtagsfraktion; Referent Otto Uhlig. 3. Die Gemeindewahlrechtsbewegung; Referent Fritz Seeger. 4. Die Gemeindesteuergesetze; Referent Emil Nitzsche. 5. Anträge der Parteigenossen. 6. Wahl des Landesvorstandes. 7. Wahl des Ortes für die nächste Landesversammlung. Für den Landesvorstand gibt Gen. Sindermann den Bericht über die Parteitätigkeit im letzten Geschäftsjahr. Der Redner bedauert dabei die kleinliche Polemik, die zeitweise in der Parteipresse Sachsens hervortrete, und die oft sehr persönlich werde und in Gehässigkeiten ausarte. Zum Schluß gedenkt der Redner der verstorbenen Genossen, wobei er insbesondere des Genossen August Kaden gedenkt, der nicht nur lange Jahre sächsischer Reichstagsabgeordneter war, sondern auch viele Parteitage Sachsens geleitet hat. Die Landesversammlung beschließt einstimmig, der Familie Kaden die herzlichste Teilnahme auszusprechen. Den Kassenbericht gibt Gen. Braune, der dabei auch auf die Organisation, insbesondere auf die Mitgliederbewegung eingeht. In den letzten neun Monaten ist die Zahl der Mitglieder von 149 325 auf 157 913 gestiegen, darunter befinden sich 21 168 Frauen, deren Zahl um 3126 gestiegen ist. Die stärkste Mitgliederzahl hat der 13. Wahlkreis, Leipzig-Land, nämlich 33 941. Keiner der 23 Wahlkreise weist eine Mitgliederzahl unter 1500 auf. In allen Kreisen ist ein gut funktionierendes Einkassiererssystem in Anwendung. Dies hatte den Erfolg, daß in den neun Monaten bedeutend mehr an Mitgliederbeiträgen vereinnahmt wurden, als im vollen Geschäftsjahr 1911/12. Die Gesamteinnahme betrug 722 399,98 Mark. Davon entfallen auf Mitgliederbeiträge 521 019,10 Mark. Hiervon erhielt der Parteivorstand 110 637,05 Mark und die vier Bezirksvorstände 50 998,59 Mark. Für Gemeinderatswahlen wurden 23 109,46 Mark und für allgemeine Agitation 169 827 Mark verausgabt. Die Zunahme der Abonnenten der Parteipresse war nur eine minimale, sie betrug 4480. Die gesamte Parteipresse Sachsens hat 219 364 Abonnenten. Gut abgeschnitten hat die Partei bei den Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen; sie brachten in diesem Jahre einen Gewinn von 352 Mandaten. Die Partei zählt gegenwärtig in 82 Städten 305 Stadtverordnete und in 859 Landgemeinden 2064 Gemeinderatsmitglieder, außerdem zwei Stadträte und vier Gemeindeälteste.

Die Montagssitzung begann mit einer Begrüßungsansprache des Gen. Molkenbuhr, der den Parteivorstand vertrat. Dann trat die Landesversammlung in die Diskussion des Geschäftsberichtes und der dazu vorliegenden Anträge ein. Einige Anträge wollen organisatorische Aenderung insofern, daß Genossinnen zu den Bezirksvorständen und zum Landesvorstand zugezogen werden, andere verlangen die Anstellung von Lehrkräften für Bildungskurse durch die Landesorganisation, und der Landesvorstand beantragt, einen Landessekre-

---

eit — sie werden später folgen. Es liegt mir daran, pierre Dich unter vier Augen treffe und Dir dies über- amit Du einige Stunden oder Tage zur Verfügung um den Grafen auf diese Enthüllungen vorzubereiten. n seinen Zorn besänftigen, indem Du ihm wieder und alles sagst, was Du von mir weißt — wie gleichgültig Genossen des Reichtums gegenüber stehe und wie sehr ßig bin, irgend etwas in der Vergangenheit zu ver- Wie sollte ich dem nicht verzeihen, der das Unglück hat, nicht lange genug zu leben, um alles wieder gut en! Möge sein Andenken, teure Mutter, von Deinem einem Herzen völlige Vergebung finden . . .

ge noch einige Worte über Edward und mich, die wir r Prüfung des Schicksals nur ein Wesen bilden. Ich s werden mir die Mittel bleiben, um für alle seine Be- e und für seine Erziehung zu sorgen. Er ist nicht in ten, wo er sich um Verluste betrübt, von denen er noch weiß — es wird gut sein, sie ihm so lange wie möglich erzögern, bis er fähig sein wird, sie zu verstehen. Ist es n Glück für ihn, daß dieser Wechsel in seinen Verhält- nissen geht, noch bevor er sich hätte ein Bedürfnis machen können, in der Ueppigkeit zu leben? Wenn es glück ist, nur das für ein menschenwürdiges Dasein zu heißen — in meinen Augen ist es keins — so wird nur fühlen, und wenn man an daran gewöhnt, in bescheidenen Verhältnissen zu leben, wird er sich reich genug glauben. Dazu bestimmt war, in die Mittelmäßigkeit hinabzu- ist es eine Wohltat der Vorsehung, diesen Wechsel ge- zu lassen in einem Alter, wo die bei weitem nicht Lehre ihm nur nützlich sein kann.

wird sagen, es seien ihm ja noch andere Erbschaften ten. Ich setze dieser Zukunft fremd gegenüber und keiner Weise im voraus davon profitieren. Ich würde einen Schimpf die Opfer zurückweisen, die seine Fa- ch auferlegen wollte, um mir das zu verschaffen, was ehrbares Leben nennt. In einer Ahnung dessen, jeden erziehen, hatte ich meinen Plan für die Zu- bereit gemacht. Ich habe mich ihm in den letzten Sinn- n angepaßt, und nichts in der Welt wird mich davon gen vermögen. Ich bin entschlossen, weit in die Pro- zu gehen, wo ich meinen Sohn schon in den ersten an ein arbeitsames und einfaches Leben gewöhnen werde — er keinen Reichtum sieht und nicht mit ihm in Berührung kommt, um mein gutes Beispiel und meine guten Lehren wieder zu vergessen. Ich gebe keineswegs die Hoffnung auf, ihn Euch zuweilen vorzustellen, und Ihr werdet mit Vergnügen ein kräftiges und munteres Kind sehen, anstatt jenes zarten, träumerischen Geschöpfes, für dessen Dasein wir nicht aufgehört zu zittern. Ich bin mir sehr wohl der Rechte bewußt, die Ihr auf ihn habt, und der Achtung, die ich Eurem Willen und Euren Ratschlägen schulde. Doch ich hoffe zuversichtlich, Ihr werdet mein Vorhaben nicht tadeln und mich diese Kindheit führen lassen, der die emsige Sorgfalt einer Mutter und der heilsame Einfluß des Landes nützlicher sein werden, als die oberflächlichen Unterrichtsstunden eines schwer bezahlten Lehrers und Reitstunden und Spazierfahrten in das Boulogner Wäldchen. Was mich anbelangt, so braucht Ihr Euch in keiner Weise zu sorgen — ich sehne mich nicht nach meinem untätigen Leben und der müßiggehenden Umgebung zurück. Mit leidenschaftlicher Liebe hänge ich an dem Lande, und lange, lange Stunden, die die Gesellschaft mir nicht mehr stehlen wird, werde ich darauf verwenden, mich zu bilden und so auch meinem Sohne eine gute Bildung zu vermitteln. Bis jetzt hast Du einiges Vertrauen zu mir gehabt — dies ist der Augenblick, wo Du es ganz haben müßtest. Ich wage darauf zu rechnen, da ich weiß, daß Du nur Deine willensstarke Seele und Dein echt mütterliches Herz zu befragen brauchst, um meine Absichten und Entschlüsse zu verstehen.

Alles dies wird gewiß einigen Widerstand bei unseren Familienangehörigen finden. Aber wenn Du sagst, ich habe Recht, so werden alle Deine Meinung teilen. Ich lege also unsere Gegenwart und Zukunft in Deine Hände und bin mit Liebe und Verehrung Dein für das ganze Leben.

Marcella.

Es folgte hier eine auf Susanna bezügliche Nachschrift und die Bitte, den Sachwalter nach Blank zu senden, damit er den Ruin dieses Vermögens als Bodensatz konstatieren und die Liquidation tatkräftig in die Hand nehmen könne. Was ihre persönlichen Angelegenheiten anbetraf, so wollte und konnte Marcella sie selbst regeln mit Hilfe lokalkundiger Männer.

(Fortsetzung folgt.)

tär anzustellen. Die lebhafte Diskussion nahm fast die ganze Vormittagssitzung in Anspruch. In der Nachmittagssitzung wurde der Antrag auf Anstellung von Lehrkräften in den ländlichen Orten dem Landesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Mit großer Mehrheit wurde dann der Antrag angenommen, einen Landessekretär anzustellen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Den Bericht der Landtagsfraktion gab Genosse Uhlig aus Zittau. Die Tätigkeit des Landtags sei heute verwickelter als in früheren Jahren, weil jetzt jede der einstigen Verbündeten, die Konservativen und die Nationalliberalen, darum ringen, an erster Stelle stehen zu können. In dem hochentwickelten Industrielande Sachsen werde eine starke agrarische Politik getrieben. Das habe sich deutlich gezeigt bei der Zollpolitik, bei der Interpellation über die Teuerung, beim Jagdgesetz usw. Selten gab es eine Gelegenheit, wo die Nationalliberalen ihre Grundsätze nicht verleugnet haben, und die Konservativen trieben ständig Nützlichkeitsberechnungen im Interesse des Kapitals. Bei der Schulreform habe die Sozialdemokratie keine positiven Erfolge erreichen können, obwohl die bürgerlichen Parteien, ja selbst die Erste Kammer, anerkennen mußten, daß die von uns gestellten Anträge gerechte waren, und geeignet gewesen seien, die Gemeinden zu entlasten. Das Bestreben der Reaktionäre war zweifellos, die Schule zu einem Machtmittel der herrschenden Klassen zu machen. Unserem Vorgehen ist zu danken, daß der Wille der Reaktionäre, das Koalitionsrecht zu beschneiden, nicht durchgekommen ist. Konservative und Nationalliberale sind sich einig, daß keine Ueberspannung des Arbeiterschutzes stattfinden dürfe. Unser Bestreben ist es gewesen, für die Demokratisierung der gemeindlichen und staatlichen Einrichtungen zu sorgen, weil wir damit der Allgemeinheit dienen. Am Schluß seiner Ausführungen geht Genosse Uhlig auf den Vorwurf ein, der in letzter Zeit in der Presse erhoben wurde, daß es der Fraktion im Landtage an überragenden Köpfen gefehlt habe. In praktischen Dingen werde man der Fraktion trotz des Fehlens dieser Köpfe wenig Vorwürfe machen können. Der Kampf gegen die Privilegierten in der Ersten Kammer sei viel notwendiger, als ein fortwährendes Nörgeln an den Männern der Regierung. Die Fraktion glaubt, ihre Pflicht getan zu haben zum Wohle der Enterbten. — In der Diskussion bemerkte Genosse Geyer, bei der Kritik der Tätigkeit der Landtagsfraktion sei vielfach von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Genosse Nitzsche sprach über die Gemeindesteuergesetze. Er erläuterte die Stellungnahme der Fraktion zu den einzelnen Gesetzen und besprach dabei ausführlich das Zuwachssteuergesetz und die Besitzwechselabgaben, die die Regierung als indirekte Steuer erklärt. Die Fraktion glaubt auch hier ihre Schuldigkeit getan zu haben.

Am Dienstag sprach zunächst Genosse Seeger-Leipzig über die Gemeindewahlrechtsbewegung. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der ein energischer Kampf gegen die ungerechten Gemeindewahlsysteme verlangt wird. Es wurde dann über den Antrag auf Aufhebung des Verbots der Doppelkandidaturen verhandelt. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag gegen 12 Stimmen abgelehnt. Weiter wurde eine Resolution angenommen, in der im Prinzip der Errichtung einer eigenen Presse für den Plauener Reichstagswahlkreis zugestimmt, der Beschluß aber von der Zustimmung des Landes- und Bezirksvorstandes abhängig gemacht wurde. Als Sitz des Landesvorstandes wurde Dresden wieder bestimmt und die alten Mitglieder des Vorstandes gegen wenige Stimmen wieder gewählt. Ein Antrag eines Leipziger Delegierten, der die Preßpolemiken persönlicher Art verurteilt, wurde wieder zurückgezogen, aber die Erwartung ausgesprochen, daß die Presse persönliche Polemiken unterläßt. Als Ort der nächsten Landesversammlung wurde Leipzig bestimmt. — Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Aus der Partei.

„In Freien Stunden". Der schweren Aufgabe, die arbeitende Bevölkerung an eine gute geistige Kost zu gewöhnen, sucht die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erscheinende Wochenschrift „In Freien Stunden" mit unermüdlicher Ausdauer gerecht zu werden. Wer die 17 Jahrgänge durchblättert, die von dieser Zeitschrift jetzt vorliegen, findet darin die hervorragendsten volkstümlichen Romane der deutschen und der ausländischen Literatur vereinigt. Der am 1. Juli beginnende neue Halbjahrsband der „Freien Stunden" führt sich mit einem in Kalifornien spielenden Roman „Gold" von Friedrich Gerstäcker ein; neben dieser illustrierten Hauptarbeit wird die Zeitschrift aus der Feder des Dänen Palle Rosenkrantz den Roman „Der rote Hahn" veröffentlichen. Außerdem bringt der neue Band in gewohnter Abwechselung eine Fülle kleinerer Novellen und Skizzen. Der Teil, welcher der unterhaltenden Belehrung gewidmet ist, hat eine erhebliche Erweiterung erfahren. Besonders die angekündigten illustrierten populärwissenschaftlichen Abhandlungen — die in reicher Folge erscheinen sollen — werden vielen Wünschen entgegenkommen. Seit einigen Jahren ist den Abonnenten der „Freien Stunden" am Schlusse eines jeden Halbjahres ein künstlerischer Wandschmuck als Gratiszugabe dargeboten worden. Dem zweiten Halbjahrsband 1913 wird ein Bild von ganz besonderem künstlerischen Werte beigefügt, nämlich die Wiedergabe eines Ölporträts unseres Genossen Bebel. Das Bild ist von dem in Hannover lebenden Künstler Tronnier gemalt worden; die in fünf Farben ausgeführte Reproduktion des künstlerisch hervorragenden Werkes ist auf das beste gelungen. Es wird zu erwarten sein, daß das Streben des Verlags von neuem Anerkennung findet und daß sich zu den alten Freunden der „Freien Stunden" zahlreiche neue gesellen. Bestellungen auf die nach wie vor zum Preise von 10 Pfg. pro Wochenheft erscheinende Zeitschrift nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteure entgegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Erfolg des Brauereiarbeiterverbandes. Einen schönen Erfolg erzielten die Brauereiarbeiter in Augsburg durch ihr einmütiges und entschlossenes Vorgehen. Wie schon berichtet, legten wegen Nichteinhaltung der tariflichen Bestimmungen sämtliche Brauereiarbeiter der Aktienbrauerei Stötter die Arbeit nieder. Nach zweitägigem Streik bequemte sich der Verband der Brauereibesitzer zu Unterhandlungen und zu nennenswerten Zugeständnissen, so daß die Streikenden die Arbeit einmütig wieder aufnahmen. Bemerkt sei, daß sichs die Betriebsleitung der Maschinenfabrik Augsburg angelegen sein ließ, durch Abkommandierung Arbeitswilliger der bestreikten Brauerei den Rücken steif zu halten. Geholfen hat der Freundschaftsdienst der gelben Zuchtanstalt allerdings nichts.

Arbeitermaßregelungen in der Margarinefabrik von Jürgens und Prinzen in Goch, Rheinland. Als eine glatte Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation muß die Entlassung von sechs Schreinern der Magarinefabrik Jürgens und Prinzen in Goch betrachtet werden. Als Grund gibt die Firma allerdings Arbeitsmangel an, aber das kann als wahrer Grund nicht anerkannt werden. Die Entlassenen sind alle verheiratet, während ein junger Lediger, der zudem auch später im Betrieb angefangen hat, weiter arbeiten soll. Derselbe ist unorganisiert und wird auf alle mögliche Art bevorzugt, weil er der Sohn eines Jagdaufsehers von Herrn Jürgens ist. Die Entlassung wirkt umso brutaler, weil zurzeit in Goch ein Schreinerstreik bei den Meistern geführt wird, so daß es den Entlassenen nicht möglich ist, in Goch in andere Stellen zu kommen. Der Vorschlag des Gauvorstehers vom Deutschen Holzarbeiterverband, die Arbeitszeit zu verkürzen oder Feierschichten einzulegen, wurde kurzerhand abgelehnt, trotzdem es im Betriebe für andere Branchen üblich ist, Feierschichten einzulegen. Bei den Schreinern ist es vielleicht deshalb nicht möglich, weil sie fast alle organisiert sind und sich nicht mehr alles gefallen lassen wollten. Auch will sich die Firma wahrscheinlich vor Lohnforderungen schützen, die beim Ablauf des jetzt bestehenden Vertrages am 1. Oktober erhoben werden müssen, weil die Löhne für die Schreiner in der Stadt bei den Meistern höher sind als in der Margarinefabrik. Die Lohnverhältnisse fordern die Kritik ganz energisch heraus. Bei einer Akkordarbeit brachten es die Schreiner trotz des größten Fleißes auf 35 Pfg. Verdienst pro Stunde. Das Verlangen, für diese Arbeit wenigstens einen Stundenlohn von 38 Pfg. auszuzahlen, wurde abgelehnt. Das ist die große Weltfirma, die ihre Produkte fast ausschließlich in Arbeiterkreisen absetzt und die aus diesem Grunde doch eigentlich schon auf einigermaßen friedliche Verhältnisse mit der Arbeiterschaft sehen sollte. Die Arbeiterschaft des Betriebes, die ja sowieso ängstlich ist, soll durch diese Maßregelung von der Organisation abgeschreckt werden. Da ist es die Pflicht der organisierten Arbeiterschaft von ganz Deutschland, daß sie zu solchen Herrschergelüsten Stellung nimmt.

Tarifliche Erfolge in der Pflastersteinindustrie. In Wurzen konnte soeben mit der Firma Zachmann ein umfangreicher Tarif für die Pflastersteinarbeiter zum Abschluß gebracht werden. Im Vorjahre mußten die Steinarbeiter einen Streik führen, welcher sechs Wochen dauerte, ohne daß ein Erfolg zu erreichen war. Die Arbeiter hielten dem Verbande Treue und so konnten sie nach Jahresfrist einen vollen Erfolg buchen. Am Abschluß sind 220 Arbeiter interessiert. Die Firma liefert nur für städtische und staatliche Behörden und so mußte die Firma befürchten, wenn sie das wilde Akkordsystem aufrechterhalten würde, daß ihr ein Teil der Aufträge verloren gehe. Der Tarifabschluß hat für die Wurzener Pflasterstein-Industrie eine große Bedeutung, denn es müssen sich jetzt nun auch die übrigen Firmen tariffreundlicher benehmen. Für die Pflastersteinindustrie der Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz konnte soeben zum ersten Male ein recht detaillierter Bezirkstarif abgeschlossen werden. Beteiligt sind daran etwa 1100 Mann. Die Verhandlungen zogen sich sehr in die Länge, weil die Steinbrüche, die Härte und Struktur des Gesteins noch außerordentlich verschieden sind. Die Arbeiter konnten durchweg annehmbare Erhöhungen herausschlagen. Um den Abschluß hat sich der Bezirksamtmann Ritter v. Lenk, Deggendorf ebenfalls sehr bemüht. Die Christlichen, die am Abschluß mit einigen Leuten beteiligt sind, lassen in der bekannten Weise durch die Zentrumspresse für den schwarzen „Keram- und Steinarbeiterverband" den nötigen Ruhm verkünden. Diese Gesellschaft hat dem Zentralverband der Steinarbeiter (Sitz Leipzig) die ganzen Vorarbeiten überlassen und nun posaunen diese Leute in die Welt hinaus, was der schwarze Verband geleistet hätte. Die Steinarbeiter in den genannten bayerischen Bezirken können mit diesem Erfolge sehr wohl zufrieden sein.

Aus dem Gerichtssaal.

Von der Berliner „Sitte". Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin begann am Montag ein Prozeß gegen drei Berliner Sittenschutzleute und die Ehefrau des einen. Angeklagt sind die Kriminalschutzleute Paul Thiede, Hans Bachmann, August Seegebarth sowie die Ehefrau Thiede. Die Kriminalschutzleute sind beschuldigt, als Beamte von Prostituierten für an sich nicht pflichtwidrige Handlungen Geschenke und andere Vorteile angenommen und gefordert zu haben. Thiede wird außerdem angeklagt, von einer Prostituierten unter Ausbeutung ihres unsittlichen Erwerbes teilweise den Lebensunterhalt bezogen, also Zuhälterei getrieben zu haben. Frau Thiede endlich steht unter der Anklage der schweren Kuppelei. Sie soll dem unsittlichen Verkehr ihres Mannes mit einer Prostituierten (Ortmeyer) Vorschub geleistet haben. Den Stein ins Rollen brachte die „Zeit am Montag" im September 1911. Damals veröffentlichte sie einen Briefwechsel zwischen Kriminalbeamten und Prostituierten. Dieser deutete darauf hin, daß Prostituierte als Vigilantinnen und agents provocateurs Verwendung fanden und ferner geschlechtlich und pekuniär von Schutzleuten ausgebeutet sind. Ein halbes Dutzend Schutzleute wurde damals vom Dienst suspendiert. Weshalb nur drei unter Anklage gestellt sind, ergab die bisherige Verhandlung nicht. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Ein unglaubliches Urteil. Der Redakteur des syndikalistischen Gewerkschaftsblattes „Der Pionier", Johannes Leskin, wurde am Dienstag von der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, begangen in einem Artikel, der den Generalstreik empfiehlt, zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt. — Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Hoffmeister bemerkte in der Urteilsbegründung: In der Aufforderung zum Generalstreik sei die Aufforderung enthalten, die Arbeit ohne Kündigung niederzulegen und kontraktbrüchig zu werden. Das sei laut Gewerbeordnung und laut Bürgerlichen Gesetzbuches ein Ungehorsam gegen die Gesetze. Bei der Strafzumessung mußten einmal die Vorstrafen, dann aber auch erwogen werden, daß der Angeklagte nicht selbst der Verfasser ist. — Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit zum Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Bestrafte Verleumdung. Von dem sozialdemokratischen Abgeordneten und Sekretär des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Ernst Schneppenhorst in Nürnberg hatte der Reisende Spieß in Nürnberg behauptet, daß er sich von dortigen Saalinhabern habe Beträge von 250 Mk. und 100 Mk. geben lassen, um als Entgelt dafür dahin zu wirken, daß bei ihnen Versammlungen abgehalten würden. Vor Gericht wurde erwiesen, daß diese Anschuldigungen frei erfunden waren. Der Verleumder wurde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Von einer Strafe wegen verleumderischer Beleidigung wurde er nur deshalb verschont, weil er sich auf sinnlose Besoffenheit hinausredete und das Gericht ihm dies glaubte.

Soziales.

Knebelung der Landarbeiter mittelst der agrarischen „Volksversicherung". In einem Zirkular an die ostpreußischen Gutsbesitzer macht der Vorstand der Lebensversicherungsanstalt der Ostpreußischen Landschaft gegen die Volksfürsorge mobil und empfiehlt gleichzeitig die Versicherung der Landarbeiter bei der „Volksversicherung" der Landschaft. Der Vorstand weist den Agrariern dabei neue Wege, wie sie Landarbeiter noch mehr als bisher fesseln können. Auch sollen die Prämien möglichst gleich vom Lohn abgezogen werden. Es wird behauptet, die Volksfürsorge mache den Versuch, auf dem Wege der Volksversicherung die sozialdemokratische Agitation in die bürgerliche und insbesondere in die ländliche Bevölkerung hineinzutragen. Die Folgen dieses Vorgehens der Sozialdemokratie auf die Gestaltung der ländlichen Arbeiterverhältnisse seien unabsehbar. Es liege auf der Hand, daß jeder Gutsbesitzer das größte Interesse daran haben müßte, seine Arbeiter vor den Einflüssen der sozialdemokratischen Volksfürsorge zu bewahren. Nachdem den Agrariern auf diese Weise ordentlich gruselig vor der Volksfürsorge gemacht ist, werden ihnen die „Vorteile" genannt, die von der agrarischen Volksversicherung geboten werden. Dann heißt es wörtlich: „Wir dürfen wohl annehmen, daß Sie im Hinblick auf die hier drohenden Gefahren gern bereit sein werden, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen, indem Sie Ihre Arbeiter von den Vorteilen einer Versicherung bei unserer Anstalt zu überzeugen und für diese zu gewinnen suchen. Die Volksversicherung kann auch vom Gutsbesitzer als Mittel benutzt werden, um die Arbeiter zur Seßhaftigkeit zu erziehen, und diejenigen, die sich als anhänglich und treu erwiesen haben, zu belohnen. Das letztere kann z. B. dadurch geschehen, daß der Gutsherr sich bereit erklärt, nach längerer Dienstzeit einen mehr oder minder großen Teil der Prämien auf die Gutskasse zu übernehmen. Hierdurch würde er auch zu möglichst ausgedehnter Benutzung der Volksversicherung anregen und die Arbeiter, die zum Teil infolge der Sozialversicherung das Verständnis für den wirtschaftlichen Wert der Selbsthilfe verloren haben, wieder mehr zu eigenem Verantwortlichkeitsgefühl erziehen." Ueber die Einziehung der Prämien heißt es in dem Werbeschreiben: Gerade der Arbeiter muß die Möglichkeit haben, die Prämien zu einer Zeit abzuführen, wo er über bares Geld verfügt. Es ist aber ersichtlich, daß durch das häufige Einziehen geringer Beträge große Unkosten entstehen müssen. Zu ihrer Herabminderung sind verschiedene Wege denkbar. In einzelnen Fällen, z. B. bei größeren Gütern, auf denen ein Rendant die Gutskasse waltet, wäre es vielleicht möglich, daß die Gutskasse die Einziehung übernimmt und die fälligen Beiträge bei den Lohnzahlungen einbehält!! In diesem Falle könnten auch z. B. Prämien von der Gutskasse vorschußweise gezahlt und von dem Versicherten zu einer Zeit eingezogen werden, wo ihn die Zahlung am wenigstens drückt. Der Vorstand der Lebensversicherungsanstalt der Ostpreußischen Landschaft hofft, daß seine Arbeit dazu beitragen möge, dem weiteren Vordringen der verderblichen Einflüsse der Sozialdemokratie zu wehren und insbesondere in unserer ländlichen Arbeiterbevölkerung den Willen zur Selbsthilfe, den Sinn für wirtschaftliche Unabhängigkeit, Selbstachtung und Selbstverantwortlichkeit und die Liebe zur heimatlichen Scholle zu beleben und zu stärken. Die Agrarier müssen doch eine heillose Angst vor der Volksfürsorge haben. Das beweisen die Mittel, mit denen gegen sie gearbeitet wird.

Die sinkende Kaufkraft des Geldes und damit die fortschreitende Entwertung des Geldlohns zeigen folgende, der amtlichen Berliner Handelsstatistik entnommene Zahlen. Im Großhandel war im Monat Januar der Jahre 1907 bis 1913 für 100 Mk. zu haben in Kilogramm:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Weizenmehl	408	323	367	331	374	364	367
Kartoffeln	2451	1667	1876	2222	2222	1099	1600
Ochsen	64	69	76	76	68	64	59
Schweine	85	92	76	73	85	84	62
Kaffee	132	122	126	120	75	63	65
Kohle	4348	4167	4167	4348	4348	4348	4167
Petroleum	466	427	444	459	446	415	380

Im Kleinhandel tritt das Sinken der Kaufkraft des Geldes noch deutlicher hervor. Für 1 Mk. erhielt man nach den Berliner Marktnotierungen im Detailverkehr im Januar der gleichen Jahre in Kilogramm:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Weizenmehl	4,00	2,94	2,86	2,50	2,50	2,38	2,50
Kartoffeln	20,00	14,29	14,28	14,28	16,67	9,09	12,50
Rindfleisch	0,77	0,83	0,63	0,60	0,59	0,56	0,55
Schweinefleisch	0,67	0,83	0,68	0,64	0,68	0,70	0,59
Butter	0,45	0,45	0,39	0,36	0,38	0,33	0,36
Speisebohnen	2,78	2,78	2,56	2,50	2,22	2,00	2,00

So werden durch die fortgesetzte Verteuerung fast aller notwendigen Bedürfnisse seit Jahren alle gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten in ihrer Lebenshaltung mehr und mehr herabgedrückt! Die Zahlenreihen zeigen, wie bitter notwendig der gewerkschaftliche Kampf um Heraufsetzung der Geldlöhne ist, gerade weil den Lohnarbeitern dabei immer der Hauptteil der im günstigsten Fall mühsam erkämpften Erhöhung durch die allgemeine Preissteigerung aus der Hand gewunden wird. Die Zahlen zeigen aber auch, wie verderblich die weitere Erhöhung der indirekten Besteuerung wirken muß.

Aus der Jugendbewegung.

Ein Held. Im „Zoller", einem hohenzollerschen Zentrumsblatt, ist folgendes Klagelied zu lesen:

„Der Jungdeutschlandbund Hechingen ist von einem Schicksalsschlag betroffen worden: sein Kassierer, ein junger Kaufmann, hatte den Auftrag erhalten, die Uniformen für die Mitglieder des Bundes zu bestellen. Der Auftrag wurde auch ausgeführt und die Garderobe an die Mitglieder abgeliefert, das dafür erhaltene Geld im Gesamtbetrage von 400 Mark verwendete der erst zwanzig Jahre alte Kassierer aber dazu, um eine Spritztour nach Venedig zu machen. Dort konnte er aber infolge nicht genügenden Ausweises nicht weiter, er reiste daher zurück und zwar zu seinen in Ulm wohnenden Eltern."

Das katholische Blatt scheint für jungdeutsche Betüchtigung kein Verständnis zu haben. Wie kann es den Vorfall als einen Schicksalsschlag beklagen, für den es hoffentlich nicht noch den lieben Gott verantwortlich macht. Das Ereignis verdient als eine hervorragende Heldentat jungdeutscher Betüchtigung gepriesen zu werden. Zu bedauern ist nur der weniger heldenmütige Ausgang der mit jungdeutschem Mute begonnenen Spritztour.

Aus Nah und Fern.

Autounglück. Die „B. Z. am Mittag" meldet aus Brandenburg a. Havel: Bei dem Dorfe Kleinkreuz fuhr gestern morgen gegen 4 Uhr ein mit mehreren Personen besetzter Kraftwagen aus Berlin in den Chausseegraben, wobei er sich überschlug. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Der Chauffeur Schultze aus Brandenburg starb auf dem Wege ins Krankenhaus. Der Chauffeur Motlrecht aus Brandenburg wurde ebenfalls schwer verletzt, die anderen Mitfahrenden haben weniger schwere Verletzungen erlitten. Der Wagen wurde vollständig zerstört. Eigentümer des Kraftwagens soll ein Herr Fleischer aus Charlottenburg sein.

Wer hat nun recht? Wie wir in der „Vossischen Zeitung" lesen, wird jetzt vom Regierungspräsidenten in Potsdam ein Erlaß bekanntgegeben, wonach „des Königs Majestät durch allerhöchsten Erlaß vom 26. Mai 1913 zur öffentlichen Aufführung des von Dr. Gerhart Hauptmann zur Erinnerung an die Freiheitskriege der Jahre 1813, 1814 und 1815 verfaßten Festspiels, in welchem in einer kurzen Szene König Friedrich der Große auf der Bühne erscheint, die Genehmigung zu erteilen geruht haben." Während Majestät zu genehmigen geruhten, geruhten Kais. Hoheit zu verbieten. Woraus man entnehmen darf, daß auch Majestäten desavouiert werden können.

Aus Furcht vor Strafe, weil sie gegen den Willen der Eltern an einer Landpartie teilgenommen hatte, stürzte sich in Berlin die 16jährige Anna Feldner aus dem Fenster des vierten Stockwerks auf den Hof. Sie blieb mit schweren Verletzungen liegen und wurde sterbend in das Krankenhaus gebracht.

Ein für Uniformen schwärmender Magistrat. Unter großem Pomp wurde in diesen Tagen in Hannover ein neues Rathaus eingeweiht. Der Magistrat, so wird den bürgerlichen Blättern berichtet, ließ Einlagungen an die Spitzen der Behörden und der Gesellschaft, daneben auch an Industrielle, Kaufleute, Gewerbetreibende, Männer der Wissenschaft usw. ergehen mit der ausdrücklichen Bestimmung, möglichst in Uniform zu erscheinen. Bei einem zweiten, für die städtischen Beamten arrangierten Festessen wurde für die uniformierten Beamten der Uniformzwang „verfügt". — Wollte der Magistrat mit seinem Uniform-Ukas vielleicht demonstrieren, daß er gut preußisch und nicht welfisch gesinnt ist?

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Bei Brückensprengungsarbeiten im Kanalgebiet bei Hamm i. W. gerieten sechs Arbeiter unter einen Betonblock. Zwei Arbeiter wurden lebensgefährlich, die übrigen schwer verletzt.

Sensationelle Verhaftung. In einem ausländischen Bade wurde eine Dame der „Gesellschaft", die Gattin eines Münchener Kommerzienrats, wegen Falschspiels verhaftet und gegen Erlegung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegenwärtig befindet sich die „leidende" Dame in einer Münchener Nervenheilanstalt. Es handelt sich bei dem Spiel um das bekannte Pockern, wobei die Dame eine augenfällige Fingerfertigkeit an den Tag legte.

Eine unmenschliche Mutter. Das „Gothaische Tageblatt" meldet: Eine auf dem Gute Großfahnen beschäftigte polnische Arbeiterin nahm nach einem Streit mit ihrem Mann ihr sechs Wochen altes Kind, legte es auf den Hackklotz und schlug ihm mit der Axt den Kopf und beide Beine ab. Sie beging den Mord zu der Zeit, als der von ihr mißhandelte Mann zum Gendarmen war. Die Mörderin wurde verhaftet.

Auf Leben und Tod. Der 19jährige Münchener Dietrich bestand eine gefahrvolle Bootfahrt auf der hochgehenden Isar. Sein Boot schoß senkrecht über eine hohe Wallmauer in den Strudel, überschlug sich und begrub ihn unter sich. Unter Aufbietung aller Kräfte gelang es dem Verunglückten nach zehn Minuten, schwimmend ans Ufer zu kommen. Er trug Quetschungen am ganzen Körper davon.

Vom Blitz erschlagen. Dienstag nachmittag erschlug der Blitz in Pfortz in der Pfalz während eines Gewitters eine Frau Ruland, die unter einem Nußbaum Schutz gesucht hatte. Ihr Mann, der neben ihr stand, wurde gelähmt. — In Alzenau wurde eine 16jährige Zigarrensortiererin vom Blitz erschlagen.

Brindejoncs Flug. Der französische Flieger Brindejonc der gestern früh 3½ Uhr in Reval zu einem Fluge über das Baltische Meer nach Stopholm aufgestiegen war, traf nach Baltische Meer nach Stockholm ein und nahm bald darauf die Landung vor, die glatt von statten ging. Unterwegs hatte er in der Nähe von Stockholm eine Zwischenlandung vorgenommen, um sich über den Weg nach Stockholm zu erkundigen. Brindejonc wird bis Freitag früh in Stockholm bleiben und darauf den Flug direkt nach Kopenhagen fortsetzen. Er befand sich bei der Landung in vorzüglicher Verfassung; er hat den Flug über das Baltische Meer ausgeführt, ohne daß ihm russische Torpedoboote zur Verfügung gestellt worden waren.

Autostrolche. Bei Lorient fuhr ein Automobil in eine Prozession, wobei fünf Kinder schwer verletzt wurden. Das Automobil jagte davon.

Explosion in einem Getreideelevator. In Buffalo in Nordamerika fand einem Kabeltelegramm zufolge in einem Getreideelevator der Husted Milling Company eine Explosion statt. Der Elevator wurde in Brand gesetzt. Die meisten in dem Elevator beschäftigten Arbeiter erlitten schwere Brandwunden. Vier Arbeiter waren auf der Stelle tot, 30 wurden schwer und 30 leicht verletzt. Der Schaden beträgt mehr als zwei Millionen Mark.

Eisenbahnunglück. Ein von Antwerpen nach Brüssel fahrender Personenzug wurde während seines Aufenthaltes auf dem Bahnhofe in Mecheln von einem nach Brüssel fahrenden Eilzug von hinten angefahren. Sechs Personen des Personenzuges wurden verletzt; eine Person ist tot. Der Eilzug hat keinen Schaden erlitten.

Eine Mordtat, deren Opfer ein Pariser Großindustrieller geworden ist, wurde von der Pariser Polizei entdeckt. In dem Hause 31 der Rue Faidherbe in Saint Mandé, einem Vorort von Paris, wurde die Leiche eines elegant gekleideten Mannes mit zwei Revolverschüssen im Kopf und vier Schüssen im Rücken aufgefunden. Der Ermordete ist als der Seidenfabrikant Koeckes erkannt worden. Es ist noch nicht festgestellt, ob Koeckes in eine Falle gelockt und ermordet wurde, oder ob sein Mörder eine ihm bekannte Person gewesen ist. Die Mordtat erregt in Paris ungeheures Aufsehen.

Schwere Strafe. Der deutsche Zahntechniker William Klare stand vor den Geschworenen in Winchester unter der Anklage, sich ein geheimes Flottenbuch der Werft von Portsmouth verschafft zu haben. Der Angeklagte erklärte, daß er unschuldig sei, er wurde jedoch für schuldig befunden und zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Furchtbares Familiendrama. Nach einer telegraphischen Meldung aus Budapest hat sich in der ungarischen Ortschaft Bojtorjanow am Mittwoch ein entsetzlicher Vorfall abgespielt. Der Steuereinnehmer Johannes Safek versuchte sich durch Erhängen zu töten. Seine hinzukommende Frau schnitt ihn rechtzeitig ab. Aus Wut hierüber ergriff er eine Holzhacke und tötete mit derselben seine vier kleinen Kinder. Nach der gräßlichen Tat zündete er das Haus an. Der Tobsüchtige konnte von der Gendarmerie verhaftet werden.

Entkommene Stiere. In Almeria entkamen vier Stiere, als man sie nach der Arena bringen wollte und verletzten zahlreiche Spaziergänger, darunter drei Greise schwer. Einer ist gestorben. Mit großer Mühe gelang es, drei Stiere wieder einzufangen; der vierte stürzte sich ins Meer und ertrank.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika. Vier Waggons eines Zuges der Canadian-Pacific-Bahn sind in den Ottawa-Fluß gestürzt. **Fünfzehn Personen** sind ums Leben gekommen. Die Leichen von vier Männern und drei Frauen sowie einem Kinde wurden aus dem Flusse gezogen. Eine große Anzahl Passagiere wurde verletzt. Der Zug war stark mit Einwanderern, besonders Schotten, besetzt.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 25. Juni 1913

	gering Mk.	mittel Mk.	gut Mk.
Weizen		17,50—19,00	
Roggen	14,00—15,00	15,20—16,00	16,20—1,00?
Gerste, nach Qualität	15,00—15,50	15 60—16,20	
Hafer, nach Qualität	13,50—14.50	15,00—16,70	

hochfein über Notiz, per 100 kg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 25. Juni. Auftrieb 4500 Schweine. Handel rege.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 65,50 bis 66,— (52,50 bis 53,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 65,— bis 66,— (52— bis 53,—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 68 50 bis 69,— (53,— bis 53,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 68,50 bis 69,— (53,— bis 53,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 63,— bis 67,50 (48,— bis 51,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 61,— bis 62,— (49,— bis 49 50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 56,— bis 60,— (43,50 bis 47,—).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf 4934
lebender Butt
am Freitag,
dem 27. Juni 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Holstentorbrücke.

Dienstag abend entschlief nach langem schwerem, in Geduld getragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Marie Bachmann
geb. Kock,
im 43. Lebensjahre, tief betrauert und schwer vermißt von ihren Angehörigen.
Otto Bachmann und Kinder.
Lübeck, 25. Juni 1913.
Hansastr. 53.
Trauerfeier im Krematorium des Vorwerker Friedhofes Sonnabend vormittag 10 Uhr.
Beileidsbesuche dankend verbeten. (4940

Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter sagen unsern innigsten Dank. (4957
Im Namen der Hinterbliebenen
Heinr. Holst und Frau,
geb. Wittfeht.

Junge Eheleute wünschen Beschäftigung für die Volksfesttage. 95:) M. Altefähre 13, Haus 2.

Gesucht mehrere Frauen zum Gardineneinziehen.
(988) Gr. Gröbelgrube 19.

Freundl. möbl. Zimmer
an jungen Mann zu vermieten.
(928) Friedenstraße 12, I.

Sofort oder später zum 1. Oktober eine 2-Zimmer-Wohnung im Preise von 20 Mk. o. L. im Ges. Nordl. oder Westen. Nähere unter F M an die Exp.

Gesucht zum 1. Oktober eine 2-Zimmer-Wohnung im Preise von 20 Mk. zum Holstentor-Süd. Off. unter M K 12 an die Exp. d. Bl. (4942

Einzelner Kinderwagen und neuer Bettstelle mit Federrost zu kaufen gesucht. Offerten unter F 1000 an die Exp. d. Bl. (4927

Eine guterhaltene Hausuhr
zu kaufen gesucht. Möge Preise (4925) Glockenstr. 1, pt.

Neue Gesellschaft
für Eutin und Umgegend.
E. G. m. b. H.
Außerordentliche
General-Versammlung
am Donnerstag, dem 3. Juli
abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn P. Schröder.
Tagesordnung:
1. Die Erweiterung unseres Geschäfts
2. Verschiedenes.
4949) Der Aufsichtsrat.
J. A.: L. Schöning.

Eilt! Eilt!
Hannoversche Lotterie
bar Geld mit 90 Proz.
Ziehung am 4. u. 5. Juli
(schon nächste Woche.)
Hauptgewinne i. W.:
50 000 Mark
20 000 Mark
10 000 Mark
5×1000 Mark
Preis des Loses
3 Mk. Porto und Liste auswärts 30 Pfennig extra.
Hermann Kersten
Lotteriegeschäft (4955
Lübeck, obere Hüxstr. 8. F. 1009.
Wandsbek, Hamburger Str. 33.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Manchesterhosen . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . 1.88—5.25
Überziehhosen . . 1.68—2.75
Zwirnhosen . . 1.68—3.25
Lange Jacken, kittige u. gerade, 1.28, Röcke, Hemden, Schlachterjacken, Arbeitsjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Nur Sakcam.

Restaurant „Zum goldenen Fass"
Lederstraße 3.
Dem geehrten Publikum sowie meinen Freunden und Gönnern teile ich hierdurch mit, daß ich mein aufs modernste renovierte Lokal **heute** wieder eröffnet habe.
Stets gut gepflegte Biere
Um rege Einkehr bittet (4950
Hochachtungsvoll
C. Schroeder.

Partie **Tilsiter Fettkäse** Pfd. nur **60** Pfg.,
bei ganzen und halben 5 Pfg. billiger. 4925
Neue Matjes-Heringe 5, 10, 15 u. 20 ₰
Sommerfang . . . . . 5, 8 u. 10 ₰
empfiehlt **Wilh. Badstein,** Schwönekenquerstraße 11

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Kücknitz.
Einladung zum
Sommer-Vergnügen
bestehend in Ball und Kindervergnügen
am Sonntag, dem 29. Juni 1913
bei Wilhelm Dieckelmann in Kücknitz.
Anfang des Kindervergnügens mittags 2 Uhr.
Anfang des Balles 8 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Eintritt für Mitglieder 50 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg.
Eintritt für Fremde 1 Mk.
Die umliegenden Distrikte sind hiermit freundlichst eingeladen.
4951) Das Komitee.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 27. Juni
abends 8½ Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal)
Um zahlreichen Besuch bittet
4929) Der Vorstand.
NB. Da in dieser Versammlung die Delegierten zum Provinzialparteitag gewählt werden, ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erwünscht.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.
Nachttour
nach Neustadt i. H.
am Sonnabend, 28. Juni.
Abmarsch 9 Uhr v. Lindenplatz.
4944) Der Turnwart.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.
Bezirks-Versammlungen
für
Holstentor-Nord
am Donnerstag, dem 26. Juni
abends 8½ Uhr
im Waisenhof.
Für
Schlutup
am Sonnabend, dem 28. Juni
abends 8½ Uhr
im Gasthof „Zur Linde".
Tagesordnung:
1. Bericht des Genossenschaftsrats.
2. Genossenschaftliches.
Zahlreichem Besuch der Mitglieder und deren Frauen sieht entgegen
4889) Der Vorstand.

Neu-Lauerhof.
Arnimstraße 33.
Gr. Gartenkonzert
am Freitag, dem 27. Juni.
Anfang 6 Uhr. Eintritt frei.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt.
Es ladet freundlichst ein
4956) August Busch.

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Freitag, den 27. Juni:
Literarischer Abend:
Die versunkene Glocke.
Sonnabend u. Sonntag wegen Vorbereitung des Operettenschlagers Filmzauber geschlossen.
Montag, den 30. Juni:
FILMZAUBER.
Große Operette in 4 Bildern von Bernauer.
Musik von Kollo Bredschneider.
1. Bild: Franz und Fränze.
2. Bild: Napoleon und die Müllerstochter.
3. Bild: Haben wir uns nicht schon mal kennen gelernt?
4. Bild: Otto der Faule.
Billettvorverkauf von Freitag an bei Nagel und Buse.
4936) Anfang stets 8¼ Uhr.